

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Anstellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

**Redaktion u. Expedition:** Berlin W. 57, Winterfeldstr. 24  
**Fernsprecher:** Amt VI, Nr. 6488  
**Redakteur:** Emil Dittmer

**Motto:**  
**Staats- und Gemeinbetriebe sollen Musterbetriebe sein**

**Erscheint wöchentlich Freitags**  
**Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beiträge)**  
**2 Mk. — Polizeizeitungsliste Nr. 3161**

**Inhalt:**

Eine Forderung der Volksgesundheit! — Eine Teuerungsabgabe für die städtischen Beamten und Arbeiter in Frankfurt a. M. — Der Hamburger Stadtdeputat als politischer Don Quijote. — Aus Politik und Volkswirtschaft. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus den Gemeinden. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Internationale Mundtakau. — Mundtakau. — Briefstaken. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Feuilleton: Das proletarische Kind. — Torenliste des Verbandes.

im dumpfen Fabriksaal oder im Aufzugsdienst stehen die Arbeiter in glühendem Sonnenbrande und schaffen, damit der Strom nicht versiegt, dessen jene zu ihrem Wohlleben bedürfen!

„Die Arbeit soll das Leben süß und angenehm machen, sie wird aber vielen zur Qual und zur Bürde. Segen und Fluch ruhen verborgen in der Arbeit! An uns liegt es, ob der Gesellschaft dieses Vorrecht des Gesunden so zu gebrauchen, daß es zur Erhaltung und Verbesserung des Lebens dient. Freilich, an uns liegt es, an uns, an der Gesellschaft, die Arbeit so einzurichten, daß sie zum Segen werde, das Leben süß und angenehm zu machen.“ — Diese Worte schrieb ein Arzt in der „Deutschen Industriebeamten-Zeitung“ nieder. Dieser Arzt hat in der genannten Zeitung auch die Ferien vom Standpunkt der Hygiene aus begründet. Alljährlich ein paar Ferienwochen seien höchst wichtig. Schon das Gefühl, einmal ganz sein eigener Herr zu sein, alle Tagessorgen vergessen zu können, sei von wunderbar erfrischender Wirkung. Ein regelmäßiger jährlicher Erholungsaufenthalt sei für den Angestellten ebenso notwendig, wie für den Chef. Oft gehört er gehört, wie Patienten zu ihm sagten: „Möchte ich doch nur einmal einige Wochen ganz frei sein.“ Viele Jahre verbraucht so mancher armer Teufel seine Kräfte ohne längeren Urlaub, und dann könne er nicht mehr. Der Ferienurlaub solle aber auch nicht dazu dienen, um den Zusammengebrochenen wieder aufzurichten, sondern um das Zusammenbrechen zu verhindern. Um das Zusammenbrechen zu verhindern, muß der Ferienurlaub jährlich sein. — Wie wir schon oben erwähnt haben, ist es Pflicht der Gesellschaft: „Das Leben des Arbeiters süß und angenehm zu gestalten.“ Was aber fragt die heutige Gesellschaft nach dem Arbeiter? Nichts, soviel es sich um die Verbesserung seiner Lebenslage handelt, aber viel, wenn es um ihn auszubauen und auszuprägen. — Lange und schwere Kämpfe sind geführt worden um die Verkürzung der Arbeitszeit, und noch haben diese Kämpfe ihr Ende nicht erreicht. Ebenso müssen noch lange und schwere Kämpfe geführt werden zur Erleichterung von Arbeitserfahrungen. Wie schön und herrlich muß es doch für den Arbeiter sein, wenn er sich einmal einige Tage oder Wochen frei fühlt von dem Druck der Vorgesetzten und sich mit seiner Familie in freier Natur erholen kann. In der Natur hat jedes Wesen seine Schönheit und Erholungszeit. Selbst der Staat gibt dem Wild Schönheit, in der es nicht gezeigt werden darf. Gleichwie die Maschine des Stillstandes bedarf, wenn sie intact bleiben soll, ebenso bedarf der Mensch der Ruhe und Erholung, um neue Kräfte zu sammeln, damit er für die kommende Arbeitsperiode seiner Aufgabe gewachsen ist. Ebenso wie der Besitzer eines Lebewesens für dessen Erholung Sorge trägt, ebenso ist es Pflicht der Gesellschaft und des Staates, für Gesundheit und Leben der Arbeiter zu sorgen. Der Arbeiter aber nimmt hier eine Ausnahmstellung ein, ihm verweigert man die Erholungszeit, damit der Profit der Kapitalisten nicht geschmälert wird. Wie auf fast allen Gebieten der Sozialpolitik, so verfragt der Staat auch hier.

## Eine Forderung der Volksgesundheit!

Das kolossale Kapital des Staates und der Gesellschaft ist der Mensch. Jedes einzelne Leben repräsentiert in ihm einen bestimmten Wert. Diesen zu erhalten und ihn bis an die unabänderliche Grenze möglichst intakt zu erhalten, das ist nicht bloß ein Gebot der Humanität, das ist auch in ihrem eigenen Interesse die Aufgabe aller Gemeinschaften. — Mit diesen Worten begüßte im Jahre 1888 der damalige Kronprinz Rudolf von Österreich den jugoslawischen Kongress in Wien. Seine Worte haben eine große Verbreitung gefunden, gewannen ja doch für manchen an Bedeutung, da kein „gewöhnlicher“ Sterblicher, sondern der Sproß eines alten Fürstengeschlechts sie gesprochen hatte. Aber um diese Worte zur Tat werden zu lassen, dazu hat das Vierteljahrhunderter, das seitdem bald verfließen ist, nicht im entferntesten genügt. Tausend Millionen von Arbeitern haben nicht einmal einige Wochen oder auch nur Tage Ferien im Jahre, um dem Körper und dem Geiste nach der schweren Arbeit auch einmal die nötige Ruhe und Erholung verschaffen zu können, als bei den weit weniger arbeitenden und dabei viel besser genährten Kreisen zur Erhaltung der Gesundheit für notwendig erachtet wird! Die Auffassung, es sei nicht nur ein Gebot der Humanität, sondern es liege auch im Interesse des Staates, des Menschen, „das kolossale Kapital des Staates“, gefunden zu erhalten, hat in jüngerer Zeit in Deutschland insbesondere eine andere Bedeutung gefunden, als der Staat mit Schreden gewahrt wurde, daß die Militärauglichkeit immer mehr im Abnehmen begriffen ist. Zu den Militärauglichkeiten bedeutet das eine Gefahr. Neben den vielen schrecklichen Zeiten des Militarismus hat er die eine gute Seite, daß er ein kräftiges und gesundes Menschenmaterial braucht, und es ist daher für ihn eine Lebensfrage, den gesundheitlichen Niedergang des Volkes zu verhindern und ihm entgegen zu arbeiten. Unter den vielen Vorschlägen, die gemacht worden sind, befindet sich auch der, für die jugendlichen Arbeiter auf gesetzlichem Wege Ferien einzuführen. Hat der Militarismus Interesse daran, daß für die jugendlichen Arbeiter die Ferien auf gesetzlichem Wege eingeführt werden, so müssen wir als organisierte Arbeiter dafür Sorge tragen, daß für alle arbeitenden Menschen die Ferien auf gesetzlichem Wege eingeführt werden, um sie bis an die unabänderliche Grenze möglichst intakt zu erhalten. Sehen wir denn auch in den Hygieneausschüssen eine Demonstration für die Gewährung von Ferien. Sie weisen auf die Schäden der andauernden Arbeit hin und zeigen die Mittel zur Gesunderhaltung des Körpers. Hunderte von Kur- und Badeorten werden empfohlen, doch wohl nicht nur für diejenigen, die nicht arbeiten, sondern auch für die Arbeiter? Aber welcher Arbeiter kann die Kur- und Badeorte besuchen, um seinen ermatteten Körper aufzurütteln? Der Arbeitervolksschule fehlt die Mittel dazu! Die Kur- und Badeorte zu besuchen, ist eines von den vielen Vorrechten der bestehenden Klasse. Dort führen die Herren oftmals ein Leben in Tanz und Braus, sie verjubeln mehr Geld in einem Tage, als wie ein Arbeiter in einem Monat, ja in einem halben Jahre verdient! Zu Hause,

Wie jetzt verlautet, sollen Ferien für die Jugend auf gesetzlichem Wege eingeführt werden, damit der Militarismus keinen Schaden erleidet. In Deutschland werden alljährlich für den völkermordenden Militarismus mehr als 50 Proz. aller Staatsentnahmen veranschlagt, während auf dem Gebiete der Sozialpolitik kaum 10 Proz. veranschlagt werden. Die von militärischer Seite vorgebrachte Behauptung, daß die Kulturaufgaben durch den Militarismus keinen Schaden leiden, muß angeichtigt solcher Zahlen in sich zusammenbrechen. Die Ausgaben für den bewaffneten Frieden entziehen dem Staatskörper seine besten Kräfte. Wie ein Parasit in einem lebenden Körper, sitzt der Militarismus im sozialen Organismus der Staaten und läßt sich vom

diesem ernähren. Die Milliarden, die Deutschland in den letzten Decennien für das Kriegs-wesen geopfert hat, hätten genügt, das soziale Elend einzudämmen. Heute werden die Errungenenschaften der Wissenschaft nicht ausgenützt. Die Menschen gehen in Massen zugrunde, nicht weil es wie im Mittelalter, an Wissen und Erkenntnis des Uevels gebreit, sondern weil es an Mittel fehlt, die Krankheiten zu verhüten und zu bekämpfen. Elend, Krankheit und Unwissenheit machen sich breit, weil der moderne Staat seine Kräfte, die ihn in die Lage versetzen würden, den Kranken zu helfen, den Elenden aufzuwirken, den in der Finsternis der Unbildung Verunsichten zur Aufklärung zu verhelfen, sein Geld für Kanonen und Panzerschiffe und für die Erneuerung der zur Unzüchtigkeit und Unproduktion verurteilten Kriegerzuchten verwendet. Die Kulturaufgaben leiden im höchsten Maße, und jeder Schritt, den die heutigen Staaten auf diesem Wege weiter schreiten, muß sie dem Niedern näher bringen.

Arbeiterferien lassen sich aber noch mit zahlreichen praktischen Gesichtspunkten begründen. Da ist zunächst die Verminderung der vielen Unfälle und Betriebsunruhen zu vermerken. Im Jahre 1909 mußten rund 10 000 Arbeiter ihr Leben auf dem Schlachtfelde der Arbeit lassen. Hätten diese Menschen auch nur einmal eine Woche Ferien im Jahre gehabt, um dem Körper Ruhe und Erholung zu gönnen, so müßte sich die Zahl der Unfälle wesentlich verringern; denn die meisten Unfälle entstehen nur dadurch, daß der Körper von der Anstrengung übermüdet und gegen Gefahren abgeschwächt wird.

Nach einer Statistik unseres Verbandes vom Jahre 1910 (s. a. „Gewerkschaft“ Nr. 42, 1911) gewähren im Deutschen Reich 172 Städte ihren Arbeitern einen Ferienurlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Aber auch dieser Urlaub ist sehr lang bemessen und sehr verhältnismäßig. Müßen doch die meisten Arbeiter 3 bis 5 Jahre im Dienste sein, ehe sie einen Urlaub von drei Tagen erhalten. Wohl ist in den letzten Jahren eine kleine Verbesserung eingetreten, aber auch diese ist sehr bescheiden. Damit nun der Arbeiter seine Ferienzeit ganz für seine Gesundheit ausnützen kann, ist eine weitere Forderung an die Stadtverwaltungen, die Errichtung von Ferienheimen für ihre Arbeiter. Würden hier Kommunalverwaltung und Landesversicherung, die eben selbst ein großes Interesse an der Gewährung von Ferien an die Versicherten haben, zusammenarbeiten, so müßte es ein leichtes sein, etwas Rücksichtiges zu schaffen. Diese Ferienheime müßten so beschaffen sein, daß es jedem Arbeiter möglich ist, für ein geringes Entgelt seine Ferienzeit dort zu verbringen. Würde im ferneren eine Verpflichtung getroffen, daß jeder Arbeiter die ihm gewährten Ferien in dieser Weise verbringen müßte, würde das angelegte Kapital reiche Früchte tragen!

Dass die Arbeiterferien nicht nur für den Arbeiter von Nutzen sind, sondern auch für den Unternehmer, hat man in der Privatindustrie in der letzten Zeit ebenfalls erkannt. Man ist denn auch dazu übergegangen, in den Arbeitsverträgen die jährliche Urlaubszeit unter Fortzahlung des Lohnes einzuführen. In verschiedenen Tarifverträgen finden wir die Bestimmungen über eine jährliche Urlaubszeit mit aufgeführt. Was der Arbeiter selbst in dieser Beziehung leisten, davon nur ein Beispiel: In der Nähe von Liverpool, an Englands Küste, befindet sich ein Seebad, Blackpool ist sein Name. Wer es besucht, sieht auf den ersten Blick, daß dieses Seebad von anderen Menschen bevölkert ist, als die anderen Bäder, in denen reiche Proben ihre Sommertage verbringen.

Blackpool ist das Seebad der Arbeiter von Lancashire. Dort verbringen die Weber und Spinnen des großen Textilindustriegebiets ihre Ferien. Jeder englische Textilarbeiter hat Anspruch auf eine Woche Ferien im Jahre. Nicht das Gelehrt des Staates, nicht das Gebot der Kirche hat den englischen Arbeitern dieses Recht auf Ferientage gegeben. Die Kraft ihrer Gewerkschaften hat es ihnen erstritten! Im Kampf ist es erobert worden und in den Tarifverträgen festgelegt. Blackpool zeigt uns, was wir zu erreichen vermögen, wenn wir uns auf unsere Kraft befreien. Auf andere Faktoren dürfen wir auch in dieser Frage unsere Hoffnung nicht sehen. Was wir haben wollen, müssen wir uns selbst erringen aus eigener Kraft. Ausbau und Stärkung der Organisationen, Fortführung unseres Befreiungskampfes mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln, muß unsere Parole sein! Ferientage — Freie Tage — frei von allen Belämmernissen und Lasten, die auf uns ruhen, wollen und müssen wir uns erringen. Freie Tage, an denen wir uns auf uns selbst befreien können, an denen wir uns erinnern, daß auch wir Menschenartig tragen und nicht als Sklaven geboren sind!

F. R., Köln.

## Eine Teuerungszulage für die städtischen Beamten und Arbeiter in Frankfurt a. M.

Um die Wirkungen der Teuerung einigermaßen abzuschwächen, beantragte die sozialdemokratische Fraktion des Stadtverordneten am 2. September, allen unteren städtischen Beamten, Bediensteten und Arbeitern eine Teuerungszulage zu gewähren. Zur Überreitung der Verhandlung gab damals Bürgermeister Grimm die Erklärung ab: Der Magistrat habe bereits seinerseits die Frage einer Teuerungszulage erwogen, sei aber davon abgesehen, er werde der Stadtverordnetenversammlung nächstens eine Vorlage zugehen lassen, in der er an Stelle einer Teuerungszulage eine allgemeine Lohn erhöhung in Vorschlag bringe. Bei Abgabe dieser Erklärung hatten wie die Empfindung, als sollte damit den Antragstellern nur der Wind aus den Segeln genommen werden. Denn man muß wissen, daß in Frankfurt a. M. Magistrat und Fortschrittliche Volkspartei eng verbündet sind und in den letzten Jahren mit Erfolg darüber wachten, daß die Sozialdemokraten keine Erfolge durch Annahme ihrer Anträge erzielen. Aus wahlpolitischen Gründen suchen die Fortschritter die Sozialdemokraten jetzt in Arbeiterschönlichkeit zu übertrumpfen und der Magistrat hilft ihnen dabei wo er kann.

Es dauerte jetzt vier Wochen, bis die verheißene Vorlage kam. Sie brachte eine allgemeine Enttäuschung. Statt der in Aussicht gestellten allgemeinen Lohn erhöhung brachte sie nur eine mäßige Erhöhung der Mietzuschüsse. Der Antrag des Magistrats gipfelte darin, daß rückwirkend vom 1. Oktober dieses Jahres ab:

1. der Mietzuschuß für alle Beamten, Angestellten und Hilfsbeamten von Gehaltsklasse III abwärts, sowie für die Verwaltungsbürobeamten und die ständigen Arbeiter um 60 Pf. jährlich erhöht, ferner ein Mietzuschuß von 60 Pf. neu eingeführt wird für das Personal, welches kinderlos verheiratet ist oder einen eigenen Haushalt führt, was zugleich die Wirkung hat, daß der Mietzuschuß, auch wenn die Kinder jährlings das Grenzalter erreicht haben, nicht mehr fortfällt, sondern in Höhe von 60 Pf. weiter gezahlt wird, solange ein eigener Haushalt besteht;

2. den ständigen Arbeitern, sowie den Berufsschaffensbeamten der Mietzuschuß häufig bis zum vollendeten 18. Lebensjahr der Kinder gewährt wird.

Die Dürftigkeit dieses Antrages ist in die Augen springend. Abgesehen von der ungemein niederen Erhöhung der Mietentnahmung sind bei diesem Vorschlag alle unständigen und ledigen Arbeiter unberücksichtigt geblieben. Von sozialdemokratischer Seite wurden diese Lücken in der Vorlage gebührend beleuchtet und beantragt, daß an Stelle einer Erhöhung der Mietentnahmung eine allgemeine Lohn erhöhung trete. Im Einlaß mit einer Einigung, die die städtischen Arbeiterausschüsse zwischenzeitlich an Magistrat und Stadtverordnete gemacht hatten, stellten die Sozialdemokraten den Antrag:

An Stelle der vom Magistrat in Aussicht genommenen Erhöhung des bisherigen Mietzuschusses und Einführung eines neuen Mietzuschusses sämtlichen städtischen Arbeitern und Bediensteten eine Erhöhung der gegenwärtigen Löhne zu gewähren.

Die Erhöhungen sollen betragen:

- a) für die Arbeiter der 1. bis 3. Lohnklasse der Allgemeinen Lohnstafel 10 Pf. für die 4. bis 5. Lohnklasse 30 Pf. pro Tag;
- b) für die Schaffner und Wagenführer der Straßen- und Waldbahnen 10 Pf. pro Monat;
- c) für die Angehörigen der Lohnklasse 1 der Sonderlohnstafel für die Kaufenhäuser, Fleischaukt, Badeanstalten usw. 40 Pf. pro Tag;

- d) für die Angehörigen der Lohnklassen 2 bis 4 der unter c angegebenen Sonderlohnstafel pro Monat 10 Pf., für die Angehörigen der Lohnklasse 5 5 Pf. pro Monat;
- e) für die Mannschaften der Berufsschaffenswehr pro Monat 10 Pf.

Die Magistratsvorlage mit dem Gesuch der städtischen Arbeiterschaffens wurde dem Finanzausschuß zur weiteren Beratung überwiesen. Dort zeigte sich bald, daß Magistrat und Fortschrittliche Volkspartei eingewilligt waren in der Fortsetzung des sozialdemokratischen Antrages. Man machte dagegen geltend: Der Antrag bedeute eine vollständige Aenderung des seit einigen Jahren eingeführten Lohnsystems. Eine solche allgemeine Erhöhung der Löhne für die städtischen Arbeiter würde und müßte eine Erhöhung der Gehälter für Beamte und Lehrer zur Folge haben. Dazu läge aber keine Veranlassung vor, um so weniger, als erst vor zwei Jahren eine durchgreifende Erhöhung der Bezüge sämtlicher Angestellten und Bediensteten der

Stadt stattgefunden hätte. Diese Erhöhung bringt eine jährliche Belohnung des Stads von circa 1½ Millionen Mark. Eine erneute allgemeine Aufbesserung könnte selbsterklärend nicht auf die Arbeiter beschränkt bleiben und würde von einschneidender finanzieller Tragweite zu Lasten der Steuerzahler sein. Weiter wurde von den Fortschrittler gefragt, „dass in Zeiten der Tenerierung, wie wir sie gegenwärtig haben, und die auch Veranlassung dieser Vorlage sind, es Aufgabe der Stadt ist, in erster Linie denjenigen zu helfen, die es am nötigsten haben, und das sind die Familienväter oder diejenigen, die gezwungen sind, einen eigenen Haushalt zu führen“. Diese Leute werden aber am besten geholfen durch Erhöhung des Mietzuschusses.

Diese Gründe sind gewiss wenig stichhaltig; aber für die bürgerliche Mehrheit waren sie überzeugend genug, um die sozialdemokratischen Anträge abzulehnen. Auch ein abgeänderter Antrag der Sozialdemokraten, die Erhöhung für die Arbeiter der 1. bis 3. Lohnklasse und für die Angehörigen der Lohnklasse 1 der Sonderlohnstafel statt auf 40 auf 30 Pf. und für die Arbeiter der 4. und 5. Lohnklasse statt auf 30 auf 20 Pf. pro Tag zu bemessen, fand keine Gnade vor den Augen der Fortschrittler; er wurde glatt abgelehnt. Ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten:

„Den Magistrat zu ersuchen, eine Berechnung darüber anzustellen, welche Summe in Betracht kommt, wenn für Beamte bis zur Klasse IIIa sowie sämtlichen unständigen und unfruchtbaren Arbeitern 5 Pf. pro Tag gewährt würde“, wurde ebenfalls abgelehnt, weil der Magistrat erklärte, dass dafür eine Summe von etwa 600.000 M. nötig sein würde. Die Höhe dieser Summe hielt die Fortschrittler ab, auf diesen Antrag näher einzugehen. So sagte man. In Wahrheit waren es andere Motive, die die Herren veranlassten, alle sozialdemokratischen Anträge abzulehnen. Die kommenden Reichstagswahlen zwingen die Fortschrittler, arbeiterfreundlich zu sein, denn in Kandidatur steht ein „Fortschrittermann“ dem sozialdemokratischen Kandidaten gegenüber. Deshalb wird jetzt alles getan, um nach außen hin die freisinnige Arbeiterfreundlichkeit in das rechte Licht zu stellen. Das geschieht in der Weise, dass man die sozialdemokratischen Anträge ablehnt, um dann sagen zu können: der freisinnigen Initiative haben die Arbeiter die Lohnaufbesserung zu verdanken.

Wie recht wir haben, wenn wir sagen, dass wahlaktische Motive ausschlaggebend waren bei Beurteilung und Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge, erhellt am besten aus der Tatsache, dass die Fortschrittler nach Abmilderung der sozialdemokratischen Anträge den Antrag stellten, die Magistratsvorlage dahin zu ändern, dass:

1. den unständigen verheirateten Arbeitern nach dreimonatiger Beschäftigung ein Mietzuschuss von 60 M., zahlbar in monatlichen Raten von 5 M. gewährt wird;
2. dass die Schuldner eine Aufbesserung in gleicher Höhe erhalten;
3. dass das Fahrpersonal der Straßenbahn einschließlich des Reservepersonals nach zehnjähriger Dienstzeit Beamtencharakter erhält und nach dem zuletzt bezogenen Lohn in die Gehaltsklasse VII (1800 bis 2200 M.) eingewiesen wird;
4. dass andererseits die Erhöhung des Mietzuschusses nur bis für Gehaltsklasse IV (die eingeschlossen) gewährt wird.

Zunächst erklärte der Magistrat, auf die Anträge zu 2, 3 und 4 unter keinen Umständen eingehen zu können; nur dem Antrag 1 wollte er entsprechen. Den Schuldner eine weitere Gehaltsaufbesserung zu gewähren, dazu liegt kein Anlass vor, denn die hätten das Benefizium billiger Dienstwohnungen. Den Straßenbahnen Beamtencharakter zu gewähren, gehe nicht an mit Rücksicht auf die daraus entstehenden Konsequenzen und wegen der Kosten. Und bezüglich des Antrages 4 erklärte der Magistrat, auf seinem Vorschlag bestehen zu müssen. Gleichzeitig machte er folgende Kostenberechnung auf:

I. Kosten der Magistratsvorlage.	325.000 M.
II. Antrag der Sozialdemokraten bzw. der städtischen Arbeitsaufsicht: Erhöhung der gegenwärtigen Lohn für sämtliche Arbeiter und Bedienstete.	490.000
III. Antrag der Fortschrittler:	
a) Berechnung eines Mietzuschusses an unständige verheiratete Arbeitnehmer nach Magistratsweiter Ermittlung etc.	40.000
b) Schuldner, Wohnraum und	5.000
c) Erhöhung des Fahrrpersonals der Straßenbahn entsprechend der derzeit Entlohnung in Gehaltsklasse VII	48.000
d) Belastung des Mietzuschusses bei Beamten bis zur Gehaltsklasse IV, Ründerungsabzug	10.110
Ausgekamte Wohnraumabzug ab 6 gegen die Magistratsvorlage	82.560

Die Frage der Beurteilung der Beamtengeenschaft an die Straßenbahner hatte Magistrat und Stadt verordnetenversammlung schon mehrfach beschäftigt. Um die

Strassenbahner für die kommenden Wahlen zu fördern, hat man ihnen versprochen, sie zu Beamten zu machen und ihnen damit eine ansehnliche Gehaltserhöhung zu verschaffen (im Endgehalt beträgt die Erhöhung 400 M.). Der Magistrat hat sich aber bisher ablehnend zu dieser Forderung verhalten. Zur Rechtfertigung seines Standpunktes sagte er: „Eine etwaige Verbesserung des Lohn- und Arbeitsverhältnisse kann nicht auf das Fahrpersonal der Straßenbahn befränkt bleiben, sondern muss, wenn nicht die größte Unzufriedenheit entstehen soll, auch auf die anderen städtischen Arbeitergruppen ausgedehnt werden. Eine solche Beschränkung würde namentlich von den Arbeitergruppen als ungerecht empfunden werden, welche dem Fahrpersonal der Straßenbahn gleich stehen.“ Aus diesen und anderen Gründen erklärte der Magistrat, nicht in der Lage zu sein, die Forderung des Straßenbahnervereins und seiner freisinnigen Projektorien entsprechen zu können.

Um aus dieser unangenehmen Situation herauszukommen, stellten die Fortschrittler — offenbar in vorherigem Einvernehmen mit den Magistratvertretern — den Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, das Fahrpersonal einschließlich des Reservepersonals der städtischen Straßenbahn mittels zivilrechtlichen Dienstvertrags gemäß Reg. vom 30. 3. 1900 nach zehnjähriger Dienstzeit anzustellen, auch gleichzeitig eine Erhöhung der Belege eintreten zu lassen, die einer Gleichstellung mit den Zügen der Beamtengehaltstasse VII entspricht.“

Um seinen Freunden in der Bahnlinie zu helfen, erklärte sich der Magistrat im Ausschuss bereit, diesem Antrag zuzustimmen zu wollen. Die daraus entstehenden Mehrosten bezifferte er zunächst auf 40.000, später auf 80.000 M. Zusätzlich beziffern sich die Mehrausgaben bei Annahme der gestellten Anträge auf 85.000 M. Welche weiteren Konsequenzen die Annahme des Antrages der freisinnigen, den Straßenbahnen Beamtencharakter, wenn auch in beschränkter Form, zu gewähren, zeitigen wird, muss abgewartet werden. Wir glauben, weder die Straßenbahner, noch die Antragsteller werden damit große Freude erleben. Die „Gutgesinnten“ wird der Magistrat mittels zivilrechtlichen Dienstvertrags anstellen, und die anderen werden in ihrem gegenwärtigen Dienstverhältnis bleiben. Damit wird man die Unzufriedenheit und Verbitterung unter den Straßenbahnen nur noch steigern. Zedenfalls haben dann die anderen städtischen Arbeiter und Bediensteten erst recht Veranlassung, auf eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinzuarbeiten. Je einiger sie dabei sind, desto größer wird ihr Erfolg sein.

O. Z.

## Der Hamburger Kaldirektor als politischer Don Quixote.

„Ich will zugeben, dass ich die Arbeiterbewegung nicht aufhalten kann, aber hier im Staatsbetrieb, wo ich die Macht in Händen habe, werde ich sie bekämpfen, solange ich lebe, und ich werde dabei vor keinem Mittel zurückstehen!“ — So erklärte der Hamburger Staatskaldirektor Winter fürsichtiger der Arbeiterschaft dieses Betriebes. Und er sprach die Wahrheit. Wenn wir als Arbeiterorganisation uns personifiziert denken, so werden wir über die Feindschaft eines Menschen von der Größe und Bedeutung dieses Winters von oben herab lächeln; Winter reicht uns kaum bis an die Jacke, und wie können ihn noch nicht als Stiefelpufer gebrauchen. Denken wir uns weiter in analoger Folge die moderne Arbeiterbewegung als Gang, so gleicht ihr gegenüber ein Winter dem Wurm, der sich vor ihrem Antritt seitwärts in den Kot rettet. Winter will seine Zähne deshalb auch nur an die Hamburger Kaldarbeiter versuchen. Und dies tut er — und da hat er auch wieder offenherzig gesprochen, wenn er sagte, er schreibe vor seinem Mittel zurück — mit struppeliger Müdigkeitslosigkeit. In seinen Maßnahmen gegen organisierte Kaldarbeiter und die sich ihm dazu dienenden Mitteln nach sieht er sich über Moral, Gesetz und Recht, ja über die Söhnen im Staat als seine Vorgesetzten hinweg. Ein verbissener und für die einzelnen Arbeiter gemeingefährlicher Janusmus.

Dieser Hamburger Kaldirektor ist den Leuten der „Gewerkschaft“ kein Unbekannter. Wir haben uns insbesondere in den Jahren 1906 und 1907 mit ihm beschäftigt. Dergestalt hatte er, wie erinnerlich sein dürfte, unsere Kollegen Groß und Schleiß geangestellt, weil sie als gewählte Volkskommission eine Lohnabgabe an die Deputation für Handel und Schiffahrt gerichtet hatten. Daraus entwickelte sich dann weiter der Strafprozess gegen unseren Kollegen Schönberg, der in einer Kaldarbeiterversammlung mit der Tagesordnung: „Staatskaldirektor Winter am Pranger!“ die

fragliche Maßregelung als Arbeiterschändung gebrandmarkt, dabei die persönliche Ehrenhaftigkeit Winters als Haidirektor stark in Zweifel gezogen hatte und dadurch Winter beleidigt haben sollte. Wir haben schon damals mitgelesen, daß Winter sich berufen fühlt, den Staatsbetrieb vor dem Untergang durch die Sozialdemokraten und den Staat selbst vor den Sozialdemokraten und Juden zu retten. Er gilt als kleiner Antisemitterich — zu einem großen Reichsabteilung unter der Sorte Politikfreund nicht bei ihm — und er ist Mitglied des her-üblichen Reichsverbandes. Seine von ihm als Perion betriebene Propaganda der Arbeiterbewegung besteht darin, daß er im Hamburger Staatsbetrieb einen gelben, antisemitische mimenden Arbeiterverein pappelt und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter drangelt. Das alles ist aber in seiner Allgemeinheit nichts Neues mehr, wie bereits bemerkt. Zeigt handelt es sich nur darum: Der Hamburger Staatsbaudirektor mißbraucht immer frivoler diese Stellung zu seinem Parteizweck als Politiker, in der Arbeiterschaft dieses Staatsbetriebes die gewerkschaftliche Arbeiterkoalition zu belämmern! Und wegen dieses Treibens wollen wir als Gewerkschaft der Hamburger ihn zügigen und die verantwortlichen Vertreter des Staates auffordern, ihm die Streiche zu legen.

Kaidsrektor Winter hat wieder zwei langjährig am Staatsfai beschäftigte, sich dienstlich ohne Tadel und zur vollen Zufriedenheit ihrer Vorgesetzten führende Arbeiter durch Entlassung gemachtregelt! Diese Maßregelung ist der Ausflug der Betätigung des Kaidsrektors in seiner fanatischen Bosheit gegen die Arbeiterbewegung. Und die Vorgesetzte dieser Maßregelung ist für den hamburgischen Staat als Arbeitgeber ein Platt der Schmach und Schande!

Die anfangs dieses Artikels zitierten Worte Winters sprach dieser zu den beiden gemahzregelten Arbeitern, den Kranführern Roßing und Krauß.

In der Darstellung des Verlaufs dieser Angelegenheit wollen wir einer diese betreffende, von uns an die Deputation für Handel und Schifffahrt gerichtete Beschwerdeeingabe ihrem Inhalte nach folgen. Zunächst wird in dieser Eingabe ihr Zweck bezeichnet, und dann lautet sie weiter:

„Am 20. September d. J. ließ Herr Winter die Kranführer Rossing und Frank zu sich kommen und erklärte ihnen folgendes: Es ist mir von Ehrenmännern in glaubwürdiger Weise versichert worden, daß die Verbandsbrüder unserer übrigen Arbeiter fortgesetzt belästigen. Ich habe hier eine lange Namensliste, auf der alle diese Verbandsbrüder verzeichnet stehen. Auch Sie befinden sich darunter. Ich habe Sie nun kommen lassen, um Sie noch einmal zu warwarnen. Es ist dies aber auch das letzte Mal, daß ich Sie verwärne. Sobald von neuem auch nur die geringste Beschwerde über Sie kommt, daß Sie oder andere Ihren Verbandsbrüder mit Ihrer Agitation anderen Arbeiter belästigen werde ich sofort ohne weiteres alle entlassen. Ich mache Sie als Mitglieder des Arbeiterausschusses für Ihre Verbandsbrüder nicht verantwortlich. Ich mache Sie ferner auch dafür verantwortlich, wenn unsere Arbeiter von Leuten belästigt werden, die nicht bei der Haiderverwaltung beschäftigt sind. Dies können Sie Ihren Verbandsbrüdern mitteilen. Auf eine Auseinandersetzung lasse ich mich nicht ein. Geben Sie!“

Die beiden Arbeiter gingen aber nun nicht sofort. Rosfing sagte: „Herr Direktor! Als Ehrenmann sollten Sie uns doch zu Worte kommen lassen, bevor Sie uns verurteilen. Ich stehe zwölf Jahre im Dienste der Staatsverwaltung, habe mir niemals etwas zugeschuldet tunnen lassen, und nun soll ich mir stillschweigend solche Behandlung gefallen lassen. Es ist unmöglich, daß ich während meiner Dienstzeit andere Arbeiter im Dienste mit Verbandsangelegenheiten belästigt habe. Ich bin vor drei Jahren einmal, als ich angeblich während der Arbeitszeit agitiert haben sollte, verwarnt worden, und seit der Zeit habe ich alles vermieden, was auch nur im geringsten als Agitation in Verbandsangelegenheiten angesehen werden könnte. Herr Direktor, Sie haben Ihre Angaben von jenen zu erläutern, unter denen sich Lorenzen befindet. Löwenstein ist der Führer jener Leute, und der Mensch bringt alles fertig. Seine Behauptungen sind, soviel meine Person in Krage steht, vollständig erlogen.“

Und daraus hin entspann sich eine längere Auseinandersetzung zwischen Herrn Winter einerseits und den beiden Arbeitern andererseits. Herr Winter verachtete, den Löwenstein dadurch auszuhalten, daß er bemerkte: „Sie wollen auf die Personalakten hinaus. Damit bleiben Sie hier weg.“ Über seine Absichten im allgemeinen erklärte er:

„Sie verlangen von mir wohl gar noch Neutralität? Das gibt's ja gar nicht! Sie sind eine Partei, die den Staat und alle Ordnung umjuieren will. Ich bin aber der Vertreter des Staates und halte es beschämt mit den Leuten, die darauf aus-

gehen, Sie zu beläppen. Und diese Arbeiter im Käibetriebe werde ich mit allen Mitteln unterstützen, damit Ihre Verbindung unterdrückt wird.

„Ich gehe ja zu, daß ich die Arbeiterbewegung nicht aufhalten kann. Aber hier im Kaiserbetrieb, wo ich die Macht in Händen habe, werde ich Sie mit den stärksten Mitteln bekämpfen, solange ich lebe. Und ich werde vor keinem Mittel zurücktreten! Sie können mich nun ja in der Offenbartheit mit Schmutz bewerfen. Darüber lache ich. Es freut mich sogar.“

Rosjing und Frank dagegen führten die Aussprache immer wieder auf den Kernpunkt der in Ried stehenden Sache zurück. Beide vertraten sich wiederholt gegen sie gegen sie erhobenen Beschuldigungen und verwiesen immer wieder auf die Quelle des Fehlers. Rosjing sagte dabei unter anderem: „Herr Director Winter scheint, den Löwenstein haben Sie wieder eingestellt, damit er uns bepflegeln soll!“ Hierzu schwieg Herr Winter.

Und wer ist dieser Löwenstein seinem Wirken und seiner Person nach? Unser diesbezügliches Wissen ist nur Studienergebnis. Aber das wenige, was wir an Tatsachen über diesen Löwenstein wissen, genügt zu seiner Charakterisierung vollständig. Es genügt, den insoffern gegen den Staatsdirektor Winter gerichteten Teil unseres Beschlusses zu begründen. Dabei brauchen und wollen wir auf das Privatleben des Löwensteins nicht eingehen.

Löwenstein ist 33 Jahre alt. Er wurde aber bereits mehr als ein Dutzendmal bestraft wegen Vergehen oder Verbrechen. Unter diesen Delikten stehen verzeichnet: Landstreichen, Diebstahl, wiederholter Diebstahl, Einbruchsdiebstahl und Eittenverbrechen. Beim Militär — er diente in Wilhelmshaven bei der Marine — wurde er mit Fehlung und Versiegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes bestraft. Diese Strafe verbüßte er in Böhm. Später entwischte er von seinem Truppenteil und entfloh nach Holland. Hier ausgewiesen, wurde er auf deutschem Boden ergreift, wegen Fahnenflucht bestraft und nach Magdeburg gebracht, wo er in der Zitadelle als Arbeitsfeld zu arbeiten mußte. Er arbeitete dann später in Wilhelmshaven, Biel, Dorburg und kam schließlich nach Hamburg. Hier meldete er sich im März 1908 zur Aufnahme als Mitglied des Verbandes der Heizer und Maschinisten. Kurze Zeit Mitglied dieses Verbandes, stellte er an den Vorstand desselben den Antrag, ihm die Beiträge zu stunden. Er begründete diesen Antrag damit, er müsse sechs Monate Gefängnis verbüßen und zwar wegen Schäpperei und Lopischulden. Im Oktober 1909 ließ er sich in den bekannten Verband von neuem als Mitglied aufnehmen. Als bald war er in einen Streit der Arbeiter der Firma Schaudert u. Co. verwickelt und verjüngte sich als Streikleiter aufzuspielen. Am 1. April 1910 ist er dann abermals aus dem Verband ausgeschieden. Sein Vorleben war dem Vorstand des

Dieser Löwenstein wurde nun 1910 am Staatskl. als Kranführer eingestellt. Naddem er einige Wochen im Dienst stand, kündigte ihm sein Abteilungsvorsteher, der Ingenieur Krautkopp, Er wurde auch entlassen. Herr Winter selbst wußte ihn aber wieder ein. Löwenstein selber erzählte seinen Arbeitskollegen, er sei gefündigt und entlassen worden, weil die Staatsverwaltung sein Sittenzeugnis eingefordert habe und dieses nicht "rein" sei.

Als der Löwenstein am Staatsrat eingestellt worden war, betrieb er alsbald unter seinen Kollegen, den Kanzlern am Staatsrat, eifrig Agitation für den Verband der Kaufmänner und Gewerbe. Er renommierte mit seiner Mitgliedschaft dieses Verbandes und ferner mit seiner Tätigkeit in der Arbeiterbewegung im allgemeinen. Er betrieb diese Agitation in lärmender Weise, auch im übrigen in höchst auffälliger Weise, vornehmlich im Betriebe und während der Arbeitszeit. Dies machte seine Arbeitskollegen störrig und sie ließen sich nicht weiter mit ihm ein. Dann wurde er selbst Mitglied des „Kreises der im Aufzuhilfendienst beschäftigten und nicht angestellten Staatsangestellten“, und nun warb er am Staatsrat ebenso ausdrücklich für diesen Verein. Am Mai d. J. trat er an den Kanzler Rößing, Mitglied des Arbeiterausschusses der Staatsverwaltung, mit der Aufforderung heran, Rößing solle in dem leitbemannten Verein Mitglied werden und die Versammlungen dieses Vereins besuchen, sonst könne er im Arbeiterausschuss die Interessen der Kanzler nicht vertreten. Rößing lehnte das an ihm gestellte Ansinnen ab mit dem Vemerkun, der Arbeiterausschuss selber veranlaßte Betriebsversammlungen für alle Staatsarbeiter, und dort könnten auch die Kanzler ihre Wünsche vorbringen, soweit sie dazu auf andere Weise nicht in der Lage seien sollten. Daraufhin drohte Löwenstein, er wolle die Arbeiterausschusstmitglieder schon fragen usw. Und nun wurde er schließlich bei dem Herrn Kanzlerpostor vorstellig, indem er behauptete, die Arbeiterausschusstmitglieder und andere gewerkschaftlich organisierte Staatsarbeiter, die auf der von ihm vorgelegten Namensliste verzeichnet standen, hätten mit ihrer Agitation die nicht gewerkschaftlich organisierten Staatsarbeiter belästigt.

lich organisierten Arbeiters belägt.

Drodem nun Herr Winter die Vergangenheit des Löwenstein faunte, ging er ohne weiteres auf dessen Anzeige hin gegen die Beschuldigten vor. Hätten diese sich so abweisen lassen, wie Herr Winter es verjügte, dann waren sie und andere ebenfalls von Löwenstein Beschuldigte sicher alsbald aus dem Dienst der Kaiser- und Königlichen Regierung entlassen worden, denn Löwenstein und seine Gehilfen-

genossen würden recht schnell mit neuen Klagen wegen „Belästigung“ an den Kaidirektor herangetreten sein. Und analoge Fälle sind auch zukünftig zu befürchten. Herr Winter bezeichnete Löwenstein als einen Ehrenmann, der glaubhaft sei, und das gibt zu denken.“

Die Eingabe kritisiert dann die Erklärungen des Kaidirektors und seine Protection des Löwenstein unter den Gesichtspunkten des formalen und des实质的 Rechtes sowie der Staatsräson. Mit Rechtiger, aber lauschärfer Logik durchteutet das Schrift der Kritik die Handlungen des Kaidirektors und beweist die juristisch, moralisch und staatsordnungsmäßig standalöse Unhaltbarkeit dieser Zustände. Zum Schlus heißt es:

„Ein Eingreifen der Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe ist unabdinglich erforderlich. Herrn Winter dürfen die Arbeiterangelegenheiten nicht mehr unberührt bleiben. Herr Winter erklärt sich weit entfernt von aller Aktivität und dies macht ihn unsfähig, in Arbeiterangelegenheiten so zu verhandeln, wie es vernünftigerweise für die Arbeiter gegeben ist und das Interesse des Staates es erfordert. Die Arbeiterschaft hat das gesetzliche Recht, sich zu soziieren. Herr Winter missbraucht seine Staatsstellung zur Bedrückung der Arbeiter, weil sie sozialisiert sind. Noch ist übrigens auch die sozialdemokratische Partei gesetzlich mit allen anderen politischen Parteien gleichberechtigt. Ganz abgesehen davon, daß die gewerkschaftlichen Betreibungen der Arbeiter mit den Angelegenheiten der sozialdemokratischen Partei so wenig etwas zu tun haben, wie mit Angelegenheiten einer anderen politischen Partei. Die gegenwärtige Amtsjahrs des Herrn Winter, der in diesem Zusammenhang vom Umjahr der staatlichen Ordnung redete, was an sich auch noch wieder blühender Unruhe ist, ist Frankfurter Ebantage. Herr Winter als Vertreter des Staates verbündet sich mit dem Soldaten zweiter Klasse gegen organisierte, zum Teil militärisch dargestellte Arbeiter, weil diese ihr Staatsbürgerecht ausüben. Herr Winter erachtet als ein politischer Kanadier, dem die Parteidienstlichkeit die Überlegung geraubt. Der Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe fällt die Aufgabe an, den Kaidirektor auf den Weg seiner Pflicht als Vertreter des Staates zu verweisen.“

Am 27. Oktober wurde die Eingabe eingereicht, und zwar wurde je ein Exemplar derselben allen 23 Mitgliedern der Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe zugestellt. Und was geschah nun? Am 11. November wurden die beiden Kreisfahrt Rossmann und Frank unter Voranschlag ihres Vobnes für die ihnen zustehende Einwohnerliche Rundschlagschrift entlassen! Der nächstgelegte Vorgesetzte mußte ihnen das Entlassungsdekret vorlesen, worauf sie entzückt waren, sie seien sofort zu entlassen, weil sie dem Vorsitzenden des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes Unwahrheiten über den „Herrn Direktor Winter“ erzählt hätten. Eine unerhörte Maßregelung, herbeigeführt unter so empörenden Umständen und Begleiterscheinungen, wie man sie bisher in einem hamburgischen Staatsbetrieb nicht für möglich hielt. Das ist frevelhaftste Tonquidderie. Wir werden aber damit fertig werden. —

### Das proletarische Kind.

Wie oft hören wir von hart arbeitenden Kollegen in der Kleinagitation, von Mund zu Mund, in der Betriebsversammlung und im ernsthaften Privatgespräch die charakteristische, wenn auch etwas resignierende Wendung: „Wir wollen wenigstens alle Anstrengung machen, damit es unseren Kindern nicht besser geht wie uns!“

Da wohl! Die allergrößten Anstrengungen sind erforderlich, denn heute kann man nur mit Entsetzen zuschauen, wie der Proletariernachwuchs eine Leidenstette vom ersten Atemzug an mit sich herumschleppen muß.

Ob wir uns die nackten Ziffern der Säuglingssterblichkeit vergegenwärtigen — ein Schatz aller Kinder gehen in Deutschland vor Vollendung des ersten Lebensjahrs zugrunde — oder ob wir hineinblicken in den finsternen Schlund, genannt Kinderarbeit, es ist ein furchtbare Bild. Trotz des Kinderarbeitsgesetzes seit 1903 wurden 1908 noch 5159 Knaben und 3841 Mädchen unter 14 Jahren allein in Fabrikbetrieben ermittelt. Dazu kommen Zahltausende, die vor den Schulstunden mit Frühstück- und Zeitungsansprüchen gequält werden, weitere zehn, ja, hunderttausende Proletarierkinder sind in der Heimindustrie, Landwirtschaft usw. beschäftigt, d. h. ihre Jugend geht freudlos oder doch in unfindlichster Weise dahin. Soweit sie nicht dahinsiechen, denken sie später in Grauen an ihre Jugendzeit zurück.

Und die Schule, unsere „Volls“schule, bringt kein Licht in dieses tiefe Dunkel. Drill und Formeltram ist das Signum dieser „patriotischen“ und „religiösen“ Vorberichtungsanstalten. Die ungemeine Zahl der Lehrkräfte, sonst dafür, daß auch die „Volls“erzieher“ nur ja nicht den Menschen bei sich und ihren Schülern entdecken können. 1906 kamen in Deutschland auf eine Lehrkraft 56 Vollschieler, auf dem Lande sogar 150—200. Da mag der Teufel Pädagoge spielen!

### Aus Politik und Volkswirtschaft

Genosse Wilhelm Pfannlach feierte am 28. November seinen 70. Geburtstag. Er ist einer von den wenigen uns Verbleibenden, die das Werk Lassalles persönlich erlebt haben. Schon als blutjunger Tischlergeselle stand er in den Reihen der Lassalleaner und gleichzeitig in vorderster Reihe der deutschen Arbeiterbewegung. Auch für die gewerkschaftliche Organisation hat Pfannlach viel Pionierarbeit geleistet. Von 1892 bis 1894 war er Redakteur der „Holzarbeiter Zeitung“. Dann wurde er in den Parteivorstand gewählt, wo er auch jetzt noch als Sekretär tätig ist. Genosse Pfannlach war von 1884 bis 1887 und von 1898 bis 1906 Reichstagvertreter. Als Berliner Stadtverordneter wirkte er ununterbrochen seit 1890. Besonders in der Deputation für die Straßenreinigung hat sich Genosse Pfannlach als eifriger Anwalt der Arbeiterinteressen, insbesondere auch unserer Kollegen, bewährt. Wir bringen ihm nachträglich unseren herzlichsten Glückwunsch dar.

### Notizen für Gasarbeiter

**Die Lohnbewegung der Gasarbeiter in Cöthen (Anh.).** Wie schon berichtet, sind die Gasarbeiter in Cöthen in eine Bewegung eingetreten, um ihre fürwahr traurigen Lohnverhältnisse aufzubessern. Der bisherige Stundenlohn betrug für 1. Feuerleute 34, für 2. Feuerleute 32 und 33 und für 3. Feuerleute 31 Pf. Die Gasarbeiter wurden mit 30 und 31, die Kohlenfahrer mit 30, der Kesselschärfer mit 31, die Einlassierer mit 32, die Röhrleger mit 33 und die Installateure mit 36, 38 und 39, außer an zwei Fällen, wo 48 Pf. an Auswärtige gezahlt wurden, entlohnt. Der jetzige Stundenlohn beträgt für 1. und 2. Feuerleute 40, für 3. Feuerleute 35, für Stohlfahrer 32 und 33, für Gasarbeiter 32 und 33, für Röhrleger 40, für Kesselschärfer 35, für Einlassierer 36 und für Installateure 40 bis 50 Pf. Stehen auch diese Löhne bei weitem hinter denen der Kollegen in den Städten von gleicher oder ähnlicher Größe wie Cöthen weit zurück, so werden die Arbeiter durch die Bewegung gelernt haben, was eine Einheitsorganisation vermag. In recht sonderbarem Lichte zeigt sich die Gaswerksdirektion. Durch Denunziationen wurde ein Kollege gemahrgestellt. Diesem gelang es aber, wieder in den Betrieb hinzutreten. Die Direktion nahm nun bei den Verhandlungen einen mehr als sonderbaren Standpunkt ein, den sich die Arbeiter für späterhin

Was wunder, wenn alsdann die für den Lebenstyp so wenig vorbereiteten jungen Menschen förmlich auf den Weg des Lasters gedrängt werden! Wohnungselend und Schafsgänger unwezen (in Deutschland wohnen 5,8 Millionen in fremden Familien!) sind gewissermaßen die Vorbereitungsetappen. Die unmenschlichen Greuel der „Fürsorge“, die so manigfach in zahlreichen Prozessen aufgedeutet wurden (ohne daß Abhilfe geschaffen wird!), sorgt weiter dafür, daß das Verbrecherum und die Prostitution fortgesetzt neuen Zuwachs erhält. Ein trauriges Ende im Zuchthaus, schwere Krankheit und Siechum, Taten der Verzweiflung und des Wahnsinns, Alkoholismus als „Trost“ und seine vielgestaltigen furchterlichen Folgen, das sind Früchte unserer „Kultur“, Fürwahr, das alles ist nicht dazu angestan, ein Loblied anzustimmen, sondern die Gesellschaftsordnung in den Anklage zu ständ zu verfehren!

Als verheißungsvoller Lichtblick im scheinbar unabwendbaren Schicksal der Arbeiterschicht und seiner Nachkommen steht nun die proletarische Bewegung da. Gewerkschaftlich wie politische Organisation schafft Aufklärung, Erkenntnis und damit ein ernstes Wollen, den Grausamkeiten der heutigen Gesellschaftsordnung ein „Halt“ entgegenzurufen. Mit geeinter Kraft ist die Proletarierklasse selber am Werke für sich und ihre Nachkommen schafft andere, bessere Kulturstände herbeizuführen.

Ein treffliches Kampfmittel wird uns das Buch Otto Ruhles<sup>1)</sup> sein, das wie einstens und heute noch Bebels „Frau und der Sozialismus“ wohl geeignet ist, einer ganzen Generation neue Einblicke, neue Aufgaben, neue Pflichten endgültig zu machen. Wenn nachstehend auch nur ein paar Auszüge gegeben werden

<sup>1)</sup> „Das proletarische Kind.“ Eine Monographie. Von Otto Ruhle. Verlag Albert Langen, München, Paris. Preis 3 M.

merken werden. Zuerst würden noch weitere Lohn erhöhungen in Aussicht gestellt, dann sollte die Einstellung des Gewerkschaftsleiters unter der Bedingung erfolgen, wenn auf den Abschluß eines Lohnabkommens verzichtet werde. Nachdem verlangt wurde, daß diese zu gehänsende Infraktion gegeben werden sollten, erklärte der Direktor Gauß, daß es dessen nicht bedarf, da er sein Wohl noch nie mals gebrochen habe. Später aber wollte er das verpfändete Ehrenwort nicht entlösen. Nur die Einmütigkeit aller zwang ihn wenigstens zu der Einstellung des Entlassenen. Darauf ließ man den geforderten Lohnabkommen fallen.

**Plauen i. B.** Eine 15 prozentige Lohnerhöhung fordern die in den städtischen Bauroten beschäftigten Arbeiter. Das Vor-geben der Kollegen entspricht dem Beschuß der letzten Verhandlung, in der ebensosehr das Atemrat hielt.

### Aus den Stadtparlamenten

**Boppard.** In der Stadtverordnetenversammlung vom 16. November wurden die Einnahmen der Stadtclasse für 1910 auf 326.331 M., die Ausgaben auf 317.139 M. festgestellt. Das Überschiff ergab 20.000 M. Überschuss. Diese sollen als Grundlage zu einem Vierjahrs für eine etwaige spätere elektrische Anlage dienen. Ein Besuch der städtischen Arbeiter um Erhöhung des Tageobolus wurde abgelehnt. Natürlich! die Lebensmittelzulage sind ja jetzt auch so „billig“, daß sich eine Lohnerhöhung „erübrig“. Sollten die dortigen Kollegen nicht dadurch einsehen, daß es höchste Zeit ist, sich zu organisieren?

### Aus den Gemeinden

**Groß-Berliner Ratsstandsaktionen.** In Berlin und seinen zahlreichen Nachbargemeinden hat die seit dem Spätsommer dieses Jahres aktuelle Frage der Lebensmittelzulage die Gemeindeverwaltungen sehr verständnisvoll beantwortet. Wo der Liberalismus das Regiment führt, wie in der Reichsbahndirektion, fand man es am bequemsten, sich mit Reden gegen die Reichspolitik zu begnügen und vor der befürchtet nicht nur von der Sozialdemokratie, sondern auch vom Ministerium empfohlenen direkten Antritt der kommunalen Lebensmittelversorgung angewollt zurückzubieben. War diese Neuerung doch ein Eingriff in die heutige Mandatsherstellerpolitik. In Berlin kam es denn auch nur zu einer Ratsauskunft an die städtischen Beamten und Arbeiter, während man anderwärts, so in der reichen Stadt Wilhelmsdorf, sich selbst hierzu nicht vertreten wollte und die Hände völlig in den Hosä leiste. Ammerhin blieben etliche Berliner Vorortgemeinden der Deutung gegenüber nicht ganz müßig und es ist bezeichnend genug, daß

können, da der Raum weiteres nicht zuläßt, so mögen unsere Kollegen gerade daraus den Anreiz nehmen, sich in dieses Bild mit Aindacht zu vertiefen und all denen ein Licht aufzufallen, die noch in den Banden alter Tradition dahintrotzen und nicht begriffen haben: Wir leben in einer neuen Zeit des Erwachens und Erfahrens der Massen. Und wir wollen uns nicht länger gängeln und bedrücken lassen. Für uns und unsere Kinder fordern wir freie Entwicklungsmöglichkeiten, damit ein freies Menschen geschlecht erstehe auf freiem Grunde und mit hohen Zielen. E. D.

\* \* \*

Im tiefsten Morgengrauen verläßt der Fabrikproletarier sein Bett und seine Behausung. Sein Arbeitstag beginnt sehr früh. „Zwischen schlafenden Kindern beim Schein der Funzel hat er [sic] notdürftig angekleidet, dann rösch einen Schluck Kaffee hinunter gestürzt, auch das vielleicht nicht einmal, nun eilt er dem riesigen Moloch, der Fabrik, in die Arme, deren schriller Pfiff um 6 Uhr verläßt, daß nun das Einzelbeben der Anlässe für 11 oder 12 Stunden aufgehört, daß die Herrschaft des Kapitals über Leib und Seele für diesen Tag wieder begonnen hat.“ Der ganze lange Arbeitstag hält ihn von den Seinen fern. Kaum, daß er zu Mittag ein kurzes, flüchtiges Beisammensein mit ihnen ergehen und erheben kann. In zahllosen Fällen bekommt er auch da Weib und Kinder nicht zu Gesicht. In der Kantine, im Maschinenraum, in der Baubude oder in einem Schuppen wird Mittag gemacht, oft genug muß er auf einer Promenadenbank, einem Haufen Späne oder der blanken Erde sein armeliges Mahl zu sich nehmen. Die dicke Suppe im Blechkopf, ein Stück Brot, ein Feigen Wurst, ein Schluck Kaffee oder Bier. Dann ein Viertelstundchen Schlaf. Die Fabrikpfeife ruft. Nun wieder Arbeit bis der Abend kommt. Endlich um sechs, sieben, acht Uhr Freierabend. Todmüde, wie gerädert und verschlagen, schlept sich der entkräftete Körper der Behausung zu. Die Kinder sind längst zu Bett; wie sie den Tag verbracht, — wer sollte sich jetzt noch darüber den Kopf zerbrechen? Von seiner Arbeit haben sie nichts ge-

gerade in ärmeren Orten, wo natürlich die Sozialdemokratie einen Einfluß ausübt, das Bildungswehrlein regt wird. Zu Löbau, dem bekannten Weberdorf, wurden mit gutem Erfolg Zeche und Kartoffel von Gemeinde wegen vertont; zehn Waggonladungen grober Speckertortofeln, die zum Preis von 3,10 Mark den Zeitner abgegeben wurden, reichten nicht für den Markt. Auch die Gemeinde Niederleibnitz führte den Kartoffelverkauf ein, desgleichen die Gemeinden Friedrichswalde, Mariendorf, Panitzsch und Weissenitz, die zum Teil auch den Verkauf von Kartoffeln einrichten. Bislang waren allerdings auch die von Gemeinde wegen zum Verkauf abgebrachten Waren mehr in bezug auf die Qualität noch auf den Preis den im leistungsfähigeren Privatgeschäften verliebten überlegen. Handelt es sich hier also erst um Anfänge, die noch sehr verbessерungsbedürftig sind, so ist doch das Bewußtsein an der Stelle, daß die Kommunen durch die Not zur Erweiterung ihres Wirkungsbereichs in einer Richtung veranlaßt worden sind, die vor kurzem noch als erster Schritt in den Zukunftstaat schwandernd zurückgewiesen worden wäre.

### Aus unserer Bewegung

**Berlin.** Die Schulbeizer, die in den Gemeindeschulen usw. während der Heizungsperiode in den Wintermonaten beschäftigt werden, sind von ihrer Seite als Streikende behandelt worden. Wenn die Heizungsperiode vorüber ist, werden sie entlassen. Für die Sommermonate sind sie jedoch in anderen städtischen Betrieben unterzutreffen, z. B. in der Parkverwaltung, auf Steinplätzen usw. Beginnt die Heizungsperiode, so müssen sie in diesen Betrieben ihre Entlassung nehmen. Einständiges Arbeitsverhältnis besteht somit nicht. Dadurch werden die Schulbeizer von manchen Vergnügungen ausgeschlossen, u. a. auch von der Beschaffung der Sommerkleider. Bei einigermaßen gutem Willen des Magistrats könnte hier eine Überweisung von einem Betrieb nach dem anderen erfolgen, damit die gesamte Arbeitszeit in Anerkennung kommt. Die Lohnverhältnisse lassen gleichfalls zu wünschen übrig. Hier besteht auch noch die vierzehntägige Lohnzahlung. Müßig ist nun eine Regelung des Lohnabzuges durch den Magistrat erfolgt. An die Schulbeizer ist dabei nicht gedacht worden. Während der jüngsten Periode ist von der hier zuständigen Verwaltung eine Verschlechterung herausgestanden. Darüber wurde am 2. und 16. eines jeden Monats die Lohnzahlung vorgenommen. Gest ist diese noch weiter in den Monat hineingelegt worden, und zwar auf den 4. und 18. jedes Monats. Dadurch hat sich eine große Erregung unter den Schulbeizern bemächtigt. Diese Neuinführung hat besonders für die Schulbeizer, die keine freie Wohnung haben, den Nachteil, daß sie mit 1. resp. 5. des Monats die Wohnungsmiete bezahlen können. Solche Mietzahler sind den Hauswirten nicht angenehm. Da für die Schulbeizer keine Vertretung, wie solche durch die Arbeiterausschüsse in anderen Betrieben, vor-

sehen; er selbst hat alle Verirrungen nur mechanisch, ohne innere Anteilnahme und Freude vollbracht. Wie er leer und fast dabei blieb, konnte er keine belebende Wärme, keine erzieherischen Einflüsse auf sie überströmen lassen. Judem hat die öde und schwere Körperarbeit auch die Gedanken träge gemacht. Ist das sinnlose Abendbrot verzehrt, bringt vielleicht ein Fleischstück noch Genuss. Der organisierte und aufgelaufte Arbeiter liest noch seine Zeitung, setzt einen Buch, vorausgelegt, daß nicht Sitzungen oder Verkannungen seiner warten. Dann kehrt er erst spät nachts heim. Ein paar kurze Stunden bleiern Schlaf — im engen Raum und in schlechter Luft, bis alzulabid die harte Pflicht wieder rüst. Und so Tag für Tag, Woche für Woche, Jahr für Jahr. . . .

Die Domäne der Schnapspest sind die östlichen Provinzen, die Haupttheile des Dunfurts. Es ist statistisch nachgewiesen, daß in seinem andern Gebietsteile des Reiches der Alkohol so stark das Volkstheben beeinflußt wie im Osten, speziell in Polen. Der Magistrat der Stadt Polen hat berechnet, daß allein die Stadt bei vorsichtigen Annahmen jährlich mit mindestens 260.000 M. an Ausgaben für Alkoholmissbrauch erzeugt Krankheiten und Gebrechen belastet ist. Auch der Zusammenhang zwischen dem Geist und Körper degenerierenden Aufgenuß und der Prostitution ist hier unstrich zu erkennen. Nirgends im preußischen Staate sind die Anmietkneipen so verbreitet, nirgends zeigt sich die Prostitution so offen und schamlos wie in Polen und Westpreußen. Selbst kleinere Städte können sich der großstädtischen Freudenhäuser rühmen, obwohl Armut und Elend in diesem Landstrich überall zu Hause sind. Ein sehr beträchtlicher Teil der Prostituierten in den deutschen Großstädten stammt, wenn nicht aus den strommen Städten des Rheinlands (Köln, Aachen, M. Gladbach), so aus den genannten Provinzen.

Nächst dem Alkoholismus kommt in den ländlichen, besonders den ostelbischen Gebieten eine gewisse soziale Tradition der Prostitution zu Hilfe. Die absolute Aneignung des Landvolkes unter die Launen und Lüste der Herrenklasse hat seit Jahrhunderten die Frauen

handen ist, so stehen sie den ganzen Dingen machtlos gegenüber. In dem Magistrat liegt es, für die Schulheizer in den angezogenen Punkten eine Regelung vorzunehmen.

Göttingen. Lägerlichkeit istet nicht. Das ist ein Glück für den Magistrat bisheriger Stadt. Er hat jetzt wieder einmal eine Verordnung erlassen, die geradezu den Gipfel der Lägerlichkeit überschreitet. Um seinem väterlichen Wohlwollen für die städtischen Arbeiter Ausdruck zu geben und der Teuerung zu begegnen, will er den städtischen Arbeitern Weihnachtsgeschenke gewähren. Aber fragt nur nicht, wie! Es können nämlich die Arbeiter mit mindestens 10 jähriger Dienstzeit — unter dem gibt's nichts — einem malig's Geschenk von ganzen 15 Reichsmärkten erhalten. Wer fünfzehn Jahre da ist und zum „Stadtarbeiter“ ernannt wurde — wie viele dies sind, entzieht sich leider unserer Kenntnis —, soll jährlich 30 M. erhalten. Dann steigen diese Beihilfen von fünf zu fünf Jahren, bis bei fünfzigjähriger Dienstzeit fünfzig Mark gewährt werden können. Wohlgerichtet, lönnen, denn ein Amt auf die Auszahlung dieser Beihilfen haben die Arbeiter nicht, es ist dies vielmehr eine völlig fremdländige Sache der Stadtverwaltung. Daß nebenbei noch tadellose Füllung innerhalb wie auch außerhalb des Dienstes verlangt wird, berichtet nun wohl nach alledem von selbst! Und da sage noch einer, der Vorsitzende Magistrat wäre triestig! Mit diesen Wohltaten will sich der Magistrat um eine Lohn erhöhung herumdrücken. Und es war ausgerechnet der Oberbürgermeister selbst, der bei der Beratung der Teuerungsanträge im Stadtvorstandskollegium sagte, daß doch die Arbeiter mehr einfordern müssten. Nun, der gute Mann soll es einmal einem Strafentheber mit 27 Pf. Stundenlohn und bei der gegenwärtigen 8½-jährigen Arbeitszeit vornehmen, wie man sich noch mehr einschränken kann! Aber die Stadt hat noch etwas getan. Sie liefert den städtischen Arbeitern Mariothof zum Selbstostenpreise. Diese Mariothof sind von solch hervorragender Güte, daß sie die von dem vielen Fleischgenuss verwöhnten Arbeiter nicht zu essen vermagten. Sie haben sie im geforderten Zustand dem Magistrat wieder zur Verfügung gestellt! Aber freilich, so lange die Organisation nicht weit stärker wird, da kann es sich der Magistrat erlauben, die Arbeiter in dieser Weise zu verhöhnen!

Halle a. S. Am 18. November fand in der „Goldenen Kette“ die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Zunächst gab der Magistrat die Abrechnung vom 3. Quartal: Einnahme 1625,38 M., Ausgabe der Filiale 358,04 M., an die Hauptstelle 818,13 M., bleibt Bestand 154,19 M. und zwar Filialstange 88,89 M., Unterstützungsstange 222,30 M. für den Volkspark 73, — M. Die Abrechnung vom 4. Quartal ergab Einnahme 63,45 M., Ausgabe 82,30 M., Defizit 18,85 M. Hierauf gibt der Vorsitzende den Bericht über die Gewerkschaftskonferenz betreffend Grenzstreitigkeiten. Es wurde folgende Abmachung beschlossen. 1. Jede Gewerkschaft darf nur Mitglieder in den Betrieben oder Betriebsabteilungen aufnehmen, für welche die betreffende Organisation zuständig ist. 2. Jedes Mitglied einer Gewerkschaft,

und Töchter der Bürger und Kleinbauern zu gefügigen Lustobjekten der „gnädigen Herren“ herabgewürdig. Die sozial ethische Sphäre, die das jus primae noctis (Recht der ersten Nacht) zeitigte, übt noch immer einen unheilvollen Einfluß auf die Geschlechter aus. Nirgends, schreibt Hesse in seinem Buche über die Prostitution in Deutschland, ist die prinzipielle Räuberlichkeit des Fraueneibes der Prostitution so weit entgegengekommen, wie in den östlichen Provinzen Preußens, und nirgends haben sich die vermöhnenden Triebe der sogenannten Oberklasse derart gewissenlos und brutal zur Entniedrigung ihrer Opfer ausleben dürfen. Die Roheit des Tones bei einem großen Teil dieser armen Mädchen ist nichts als das Echo der Roheit, mit der ihnen von Seiten ihrer Häuser gewohnheitsmäßig begegnet worden ist. Hierzu kommen die standlosen Wohnungsverhältnisse, unter denen das Landproletariat im Osten vegetiert. In elenden Baracken werden Schnitter, Sachsgänger, Rübenleute usw. untergebracht, knechte schlafen im Stalle zwischen dem Vieh, Männer und Weiber, junge Burkchen und kaum der Schule entwachsene Mädchen, sogar Schultinder liegen in einem Raum neben oder übereinander, sind Ohrenzeugen gräßlichster Schnüzerien und oft gemü Angenzen sexueller Vorgänge. Sie atmen die schlechtheitliche Stinkstube dieser Immoral nicht ohne die schleichliche Folge einer meist unheilbaren seelischen Vergiftung.

Bei der jugendlichen Fabrikarbeiterin sind es andere Momente, die sie der Prostitution in die Arme führen. Zunächst der meist er schreckend niedrige Lohn, der oft nicht ausreicht, auch nur die aller nötigsten Mittel zum Leben zu behalten. Was soll ein Mädchen mit 3, 4, 5 oder auch 8 M. die Woche beginnen? Da bleibt nur die Preisgabe des Körpers übrig — ein Ausweg, auf den es nicht selten von gernmütigen und frivolen Chefs verwiesen wird. Sodann steht der Fabrikarbeiterin fast immer das Heim, das eigene Zimmer. Sie ist Fabrikarbeiterin und hat außer der Nacht nicht einmal Anspruch auf das Bett; in ihm ruht sich vielleicht Tags ein Nachtdichter aus, oder der Raum, in dem es steht, ist Werkstatt, Küche, Kinderstube oder dergleichen. So ist sie nach des Tages Last und Mühe gezwungen, sich noch ein paar Stunden

welches in einem Betriebe oder einer Betriebsabteilung beschäftigt wird, für welche seine Organisation nicht zuständig ist, ist verpflichtet, sich der zuständigen Organisation zu unterstellen. Jede Organisation ist verpflichtet, den Übertritt auf Verlangen der zuständigen Organisation innerhalb vier Wochen zu ermöglichen. 3. Übertritte von einer Organisation zu einer anderen dürfen nur dann erfolgen, wenn das Mitgliedsrecht den Vermerk über immutabilität enthält. So lange das Mitglied einer Gewerkschaft in einem Betriebe tätig ist, für den seine bisherige Organisation zuständig ist, darf es in einer anderen Organisation nicht aufgenommen werden. 4. Beziehen zwischen einzelnen Organisationen Kartellverträge oder sonstige Vereinbarungen auf zentraler Grundlage, so sind diese zu respektieren. Bei der Beidragsfusion ergriff sich, daß sämtliche Angehörigen, mit Ausnahme des Genossen K. u. o. vom Arbeitsarbeiterverband, welcher eine bindende Erklärung nicht abgeben kann, dafür stimmen. Weiter gab der Versammlung noch bekannt, daß folgende Resolution dem Magistrat unterbreitet wurde. „Wir, die städtischen Arbeiter und Handwerker aller Betriebe, erlauben uns, die städtischen Kollegen einzüglich darauf hinzuweisen, daß es uns mit den jetzt bestehenden Lebenslagen nicht mehr möglich ist, den Lebensunterhalt für uns und unsere Familien zu bestreiten. Da Rüdichi auf die durch die Verkürzung der Arbeitszeit eintretenden Minder verdienste, und in weiterer Verbindung darunter, der sich noch immer mehr verschärfenden Teuerung aller Lebens- und Bedarfssachen, in es eine unumgängliche Pflicht der städtischen Verwaltung hier sofortig selbst einzugeben. Wie bitten deshalb die städtischen Kollegen, so bald wie möglich eine generelle Erhöhung der Löhne aller städtischen Arbeiter und Handwerker einzutreten zu lassen. Sollte eine sofortige allgemeine Erhöhung der Löhne aus etatsrechtlichen Gründen nicht an möglich sein, so erwarten wir, daß bis zur Durchführung der Lohn erhöhung dem bestehenden Fortande durch eine sofortige allgemeine Bewährung von aufzuhaltenden Löhnen und Gehältern angehalten wird.“ Eine weiterhin angenommene Resolution lautet: „Die Versammlung haben die Erkenntnis, daß ihre mittleren Lohn- und Arbeitszeit salmisse ihr wesentlichen auf die noch immer ungenügenden Organisationszugehörigkeit der städtischen Arbeiter zurückzuführen ist. Die Versammlungen haben die Gewissheit, daß diesen ideale wirtschaftlichen Zuständen nur abgeholfen werden kann, wenn alle städtischen Arbeiter in einer einheitlich eingegangenen Organisation zusammengefaßt sind. Sie fordern deshalb alle in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Handwerker auf, unverzüglich dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter beizutreten. Die noch in kleineren Gruppen anderem Organisationen angehörenden Kollegen werden erüthert, ihren Übertritt in den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter baldigst zu vollziehen.“ Ferner gibt noch ein Kollege ein Bild, wie es in der städtischen Straßenreinigung befaßt sei. So werden die Kollegen, welche über Gebühr arbeiten müssen, es ist ausgerechnet, daß sie

herumzutreiben. Findet sie einen Liebhaber, so bringt sie ihn gelegentlich mit nach Hause, um dort mit ihm zu verkehren, ungeniert, vor den Augen der Mitbewohner und kleinen Kinder. Der Zwang, täglich die intimsten Dinge vor aller Augen zu verrichten, hat sie aller Scham entledigt. In der Frühzeit wechselt sie im Beisein der Männer und jungen Burschen ihre Kleider und legt das Korsett ab.

In Fürsorge im Handlung: Läßt alle Hoffnung hinter Euch! Da nimmt kein Hauch hilfreicher Liebe, da taut kein Segen milden Vergebung und Verlöhnung auf fehlende und Irrende herüber, da wedt kein froher Pulschlag erneute Kraft zur Hoffnung und zum Vertrauen in den endlichen Sieg des ernstlichen Wollens. Diese „Fürsorge“ hat mit Pestalozis Geist und Güte nichts gemein. In der Uniform des Aufsehers und Büttels schreitet sie einher; mit dünnen und rohen Worten treibt sie auf Feldern und in düstern Werkstätten zur Arbeit an; auf Fabriken höfen mit Glasscherben aus den Mauern oder in öden Gefassen mit Gitterfenstern bis zum vierten Stock waltet sie hart und lieblos ihres Amtes. . . . Dunkle Karzer . . . . Gummiträude . . . . die neunschwänzige Rose und der Principe . . . . Wölker und Brot und dazu das Bibelbuch. Dieses alte Gemisch von plärrender Gottseligkeit und tiefehrer Herzensroheit, selbstgerichteter Frömmigkeit und perverser Brutalität, Amme und Halleluja — die widerliche Frucht eines Systems, das eine einzige grobe Verkündigung am Recht des Kindes verkörpert, ist es, was sich — von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen — heute bei uns Fürsorgeerziehung nennt.

Ich finde und habe immer gefunden, daß sich ein Buch gerade vorzugsweise zu einem Geschenk eignet. Man liest es oft, man lehrt oft dazu zurück; man sieht sich ihm, aber nur in ausgewählten Momenten, braucht es nicht wie eine Tasse, ein Glas, einen Haarsatz, so in jedem gleichgültigen Moment des Lebens, und erinnert sich so immer des Freunde im Augenblick eines würdigen Genusses.

Wilhelm von Humboldt

täglich beim Laufen 48 Kilometer laufen müssen), in der 3. Kolonne von dem Aufseher mit zoologischen Ausdrücken tituliert, auch in der 2. Kolonne sollen solche Zustände herrschen, darum muß, wenn Abhilfe geschaffen werden soll, auch jeder Kollege es als seine Pflicht erachten, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter sich anzuschließen. Es würden dann den ausgeschworenen Tabakarbeiter noch 40 M. und einer erkrankten Kollegin 6 M. bewilligt. Die Versammlung schloß mit der Aufforderung, fleißig auf das Volksblatt zu abonnieren.

**Hamburg.** Der „Courier“ wußte zu unserer Zufriedigung in Nr. 41 der „Gewerkschaft“ nichts zu erwähnen. Jetzt wagt er seinen Lesern gar folgendes vorzusehen: „Die Verbesserung der Arbeits- und Anstellungsbedingungen der hamburgischen Staatsarbeiter ist das Rechtstaat der Tätigkeit der sozialdemokratischen Bürgerchaftsmitglieder.“ Darüber werden unsere Genossen in der Bürgergarde zum Teil herzlich lachen, zum Teil aber verwundert fragen: „Sollte der „Courier“ denn wirklich den Mann im Mond sein?“ Der „Courier“ behauptet nämlich, unser Verband hätte aus eigener Kraft noch niemals für hamburgische Staatsarbeiter etwas durchgesetzt, und in diesem Zusammenhang stellt er folgende Fragen: „Oder ist die „Bewegung“ der Strafenteiniger schon vergessen? Ist der Zusammenschluß des Verbandes bei den Gasarbeiterbewegung schon ganz verschwunden?“ Darauf antworten wir: Der Transportarbeiterverband hat in Hamburg und Umgegend keine von ihm vertretene Arbeitergruppe aufzuweisen, die im letzten Jahrzehnt ihre Arbeitsbedingungen auch nur annähernd in dem Maße verbessert und sich selbst als Organisation gefordert hat, wie beides die Strafenteiniger und Gasarbeiter von sich mit Recht behaupten können. In Hamburg sind die Strafenteiniger mit 89 und die Gasarbeiter mit 91 Proz. organisiert. Alle auf die Bewegung der Strafenteiniger und der Gasarbeiter bezüglichen Tatsachen sind aus amtlichen Berichten sowie ferner aus der „Gewerkschaft“ und unseren Zahlbüchern ersichtlich. Und diese Tatsachen beweisen, daß der „Courier“ nichts wissen will — eine Umschreibung für das Gelegenheitsächtemmel des „Courier“. Wir wollen uns für diesmal noch mit dieser Feindseligkeit begnügen und die infame und lastlose Schwägerei des „Courier“ und seiner Hamburger Hintermänner niedriger hängen. Doch mögen sich die „Leute im Mond“ gezeigt sein lassen, daß wir ihnen das Gedächtnis z. B. bezüglich ihrer Strafenbahner-Bewegung“ sehr wohl stärken können. Hier in Hamburg gefällt uns der Transportarbeiterverband am besten in seiner „Bewegung“ der „Hausdiener vor der Tür“.

**Hamburg.** Die Schlachthofdeputation hat den Einstellungslohn (Wochenlohn) für Arbeiter von 23 M. auf 24 M. erhöht. Die Deputation für die Stadtwaaserkunst und die Baudeputation (Sektion 1) haben bekanntgegeben, daß vom 20. d. M. ab in ihrem Wirkungskreis der Mindestlohn für Arbeiter 4 M. pro Tag beträgt. Dieser Lohn soll auch bei der zurzeit kurzen Arbeitszeit, täglich 7½ Stunden, gezahlt werden. — Beider haben diese Verbörden nichts darüber in ihren Bekanntmachungen bemerkt, daß und um wieviel der Lohn für Hilfsarbeiter von Unternehmern gestellte Arbeiter erhöht werden soll. Diese Arbeiter erhalten bisher den niedrigsten Lohn der von den Organen der Verbörden eingestellten ungelehrten Arbeiter, nämlich 3,60 M. pro Tag. Und bei der jetzt beginnenden kürzesten Arbeitszeit im Winter, zehn Wochen lang, wird den Hilfsarbeitern der Tagelohn noch um 30 Pf. also bis auf 3,50 M. gelöst. Soll dies vielleicht auch im gegenwärtigen Winter geschehen? — Die Deputation für Handel und Schiffahrt beschäftigt am Staatsrat zwei Kategorien von Hilfsarbeitern gegen einen Tagelohn von 3,60 M. bzw. 3,50 M. Sollen nun diese Lohnsätze jetzt nicht erhöht werden? Der Arbeiterausschuß der Hafenverwaltung hat bereits in seiner Sitzung im Juli und dann wieder in der Sitzung am 26. Oktober d. J. beantragt, den Mindestlohn für Hilfsarbeiter auf 4 M. pro Tag zu erhöhen. Den im Juli gestellten Antrag hat Hafenrat vor Winter der vorgesehenen Verbörde, die doch nur allein über generelle Veränderungen der Arbeitsbedingungen der Hafenarbeiter zu berichten hat, nicht vorgelegt! Darüber in der Arbeiterausschauung am 26. Oktober interpelliert, gab er die Antwort: „Zu habe den Antrag nicht an die Deputation für Handel und Schiffahrt weitergeleitet. Denn als Beamter habe ich die Pflicht, die Verbörde vor zu viel Arbeit zu bewahren!“ Herr Winter hatte die Antwort erhalten müssen, ob er wohl erst wieder für ein „Gutachten“ einige tausend „Gummeln“ bekommen habe. D. R. Die Senatskommission für Staatsarbeiterangelegenheiten hat schon am 7. Jahr d. J. beschlossen, der Entwicklungslohn für ungelehrte Staatsarbeiter im Stadtbetrieb soll 1 M. pro Tag betragen. Will also nicht auch die Deputation für Handel und Schiffahrt den Mindestlohn für Hafenarbeiter tatsächlich auf 4 M. pro Tag erhöhen? Ein solches Lohneinkommen eines vollbeschäftigte Arbeite ist doch wirklich immerhin recht niedrig genug.

**Löbau.** Den unermüdlichen und zuletzt erstaunlichen Bemühungen unserer Kollegen ist es endlich gelungen, eine Lohnverbesserung durchzusetzen. Die letzte Einzelne war ziemlich deutlich gehalten und sie hat ja auch den wohlhabenden Stadtrat verständigt, indem bei der Beratung der Anträge gezeigt wurde, die Erimation wäre in ungehöriger Weise vorgegangen. Daß wir aber erst drei

mal mahnen mussten, um überhaupt eine Antwort zu erhalten, hat man schämig verschwiegen. Die Lohnverhöhung ist recht unterschiedlich geworden. Die Zulagen schwanken von 10 bis zu 40 Pf. pro Tag, wobei wir aber nicht verstehen wollen, daß nun mehr eine größere Gleichheit der Löne besteht. Freilich einige Arbeiter und gerade die älteren haben nur 1 Pf. pro Stunde erhalten. Das ist bedauerlich, läßt sich aber zunächst nicht mehr ändern. Auch erstrebt sich die Lohnverhöhung nur auf das Gaswerk, während die übrigen städtischen Arbeiter bisher noch nichts erhalten haben. Vielmehr ist eine Verstärkung ihrer Verhältnisse insofern eingetreten, daß man die Arbeitszeit jetzt verkürzt hat. Das bedauern wir. Wir müssen aber auch an dieser Stelle zum Ausdruck bringen, daß die Hafenarbeiter sich bisher noch nicht um die Organisation gekümmert haben, obgleich es an Versammlungen unsererseits wahrlich nicht gefehlt hat. Die meisten dieser Kollegen glaubten eben bisher, daß sie ohne Organisation auch auskommen könnten. Wie aber die bisherige Erfahrung lehrt, ist das nicht der Fall. Es wird auch ihnen nichts weiter übrig bleiben, als sich bis auf den letzten Mann dem Gemeindearbeiterverbande anzuschließen, dann wird auch eine Verbesserung ihrer Verhältnisse möglich sein. Es ist und bleibt Tatsache, daß ohne Organisation nichts zu erreichen ist. Leute allerdings, die ihr bisherigen Verstand im Alstrom ersäuft haben — und deren gibt es zu unserm größten Bedauern noch verschiedene unter den Matsarbeitern —, die können diese Wahrheit nicht verstehen. Den übrigen aber möchten wir doch dringend raten, sich zu organisieren, damit auch sie vorwärts kommen.

**Magdeburg.** Am 18. d. M. fand bei Lüchfeld eine Mitgliederversammlung statt. Das Andenken des verstorbenen Kollegen L. Hüttenrauch wurde geehrt. Kollege Meister teilte mit, daß die Unterflüsterer die Besetzungen der Protolle der Gasarbeiter und des Krankenpflegepersonals entgegennahmen. Zur Untersuchung der ausgeschworenen Tabakarbeiter wurden als erste Male 30 M. bewilligt. Mit großem Beifall wurden die Ausführungen des Kollegen Strunk über die Reichstagswahlen aufgenommen. Kollege Strunk sprach über die Bedeutung der Presse. Auch der städtische Arbeiter müsse die „Volksstimme“ lesen. Die Schlussabstimmung des jüngsten Reichstagsabg. hobelt zur Reichsverfassungsverfassung zeitig keine Stimme solchen Kandidaten. Kollege Meister gab den Bericht von dem Besuch der Olympiaausstellung in Dresden. Mit großer Mehrheit wurde § 9 des Ortsstatutes wie folgt abgeändert: „An der Regel finden allmonatlich Mitgliederversammlungen statt, jedoch sollen, wenn es nötwendig ist, in den einzelnen Stadtteilen Bezirkversammlungen zur Initiation stattfinden.“ Kollege Strunk richtete einen Appell an die Versammlung, mitzuhelfen zur Stärkung der Organisation.

**Magdeburg.** Die immer mehr den Krebsgang gehenden örtlichen Dunderdienst Gewerkschaften haben sich ja wiederholt Ehrenmitgliedern geleistet. Einen neuen Beweis ihrer Konfusionspolitik erbringen wieder recht deutlich die Mader des „Vereins der Magistratsarbeiter“ in Magdeburg. Da ist Herr Dr. Wolff, seines Zeichens praktischer Arzt und freiimüller Stadtwortheiter. Nach ihm besteht überhaupt kein Kontakt. Seine Anträge im gemeinsamen Ausschuß zur Beratung von Maßnahmen gegen die Teuerung zeigen am besten, wohin der Weg führt. Danach soll der Ausschuß alle zwei Wochen zusammentreten! Er willigt die Absicht der Armendirektion bezüglich der Lieferung von Suppe und Kohlen. Wie nett! Bei Armgeldunterstützung soll gnädig geprüft werden, ob infolge der Teuerung nicht der Geldbetrag erhöht werden muß. Dann soll weiter geprüft werden, ob und für welche Zeit den städtischen Arbeitern, Lehrern, mittleren und unteren Beamten unter Berücksichtigung der Angehörigenzahl oder sonstiger familiären Verhältnisse, eine Unterstützung fehlt nur noch, daß gesagt wird, durch die Armendirektion gewährt — werden kann? Die zweidigitige Haltung Wolffs wurde auch in der Versammlung der Unterbeamten vom 19. November, die sich auch mit der Frage zur Errichtung von Maßnahmen gegen die Teuerung beschäftigte, eingehend gewidrig. Zur Erhebung und Erwagungen sind diese „freiimüller“ Herren wohl zu haben, nicht aber für positive Arbeit, denn sonst könnten sie unmöglich die Anträge der Sozialdemokraten im Stadtparlament auf Gewährung einer Teuerungszulage an die städtischen Angestellten und Arbeiter abgelehnt haben. Selbst der Centralrat der S. D. Gewerkschaften hatte doch beschlossen, daß unverzüglich an die Reichsregierung das Eruchen gerichtet werden soll, wertvolle Maßnahmen zur Verbesserung der notwendigen Lebensmittel zu ergreifen. Auch die S. D. Magistratsarbeiter sind anderer Meinung! Denn im „Mitteldeutschen Kurier“ wird in einem Versammlungsbericht gezeigt, daß der Antrag an den Magistrat auf Gewährung einer Teuerungszulage eine gar lächerliche Diskussion ausgelöst hat. Diese Versammlung „gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Magistrat sein Wohlwollen nicht versprechen werde“. — Hoffen und barren ... ! Wenn nun die Magistratsarbeiter nicht bald zu der Überzeugung kommen, daß im Gewerkschaften ihre wirtschaftlichen Interessen nemals gewahrt werden können, dann ist ihnen nicht zu helfen. Sollte die Versammlung der Teuerungsfrage nicht doch manchem die Augen öffnen? Jeder Arbeiter wird es sich daher doppelt überlegen

müssen, ob er fernerhin den Gewerksvereinen noch die Gesellschaft wahren will. Zum Schluss seien die bisher seitens der Stadtverwaltungen getroffenen Maßnahmen angeführt, damit sich Herr Wolff als Mitglied der Teuerungskommission darüber recht genau informieren kann. Lohnnerhöhungen für die städtischen Arbeiter haben seit dem 1. Juli et. u. a. stattgefunden in Aschersleben, Augsburg, Altona, Bremberg, Bremen, Flörsheim, Frankfurt a. M., Hamburg, Königswberg i. Pr., Mühlhausen, Stettin, Steglitz, Tschirnau, Schiltigheim bei Straßburg, Schweinfurt, Saargemünd. Teuerungszulagen an städtische Arbeiter wurden u. a. bewilligt in Breslau, Dresden, Lübeck, Nürnberg, Eisenach, Nürnberg, Frankfurt a. M., Mainz, Berlin, Erfurt, Kürth, Hanau, Mühlheim, Offenbach, Gotha, Waldenburg i. Schlesien, Schwabach, Rostock. Ferner wurden noch in staatlichen und sonstigen öffentlichen Betrieben Teuerungszulagen gewährt, so bei der Eisenbahndirektion Berlin, der sächsischen Staatsseisenbahnverwaltung, den Staatswerken, der Hochbahngesellschaft in Berlin und der Preußischen Straßenbahngesellschaft. Über die Einzelheiten wollen wir Herrn Wolff gern informieren; ob es aber etwas nützt, ist billig zu bezweifeln.

**Mainz.** In der gutbesuchten Versammlung am 19. November referierte Privatdozent Dr. Schapiro unter großem Beifall über: "Die Zukunft der Menschheit." Alsdann wurde auf die kommenden Reichstagswahlen aufmerksam gemacht und der Wunsch ausgesprochen, daß sich sämtliche Kollegen an der Wahlarbeit beteiligen sollen. Die Arbeiterausschussholdingen erstatteten alsdann Bericht über die Zulagen für die gelehrten Arbeiter. So viel zu erfahren war, brauchten sich die Handwerker nicht großen Illusionen hinzugeben, denn die Bürgermeisterei sowie die schwarz-blau Wehrheit im Stadtparlament hat nichts für die Arbeiter übrig. Wann wird der Oberbürgermeister endlich in die Führstapfen Dr. Gehners treten? Er hat's doch seit Beginn seiner Tätigkeit gewollt!

**Offenbach a. M.** In der am 17. November abgehaltenen öffentlichen Gemeindearbeiterversammlung referierte Kollege Marot über: "Die gegenwärtige Teuerung und die Gewährung einer Teuerungszulage". Er führte u. a. aus: Die Löhne haben mit der Preissteigerung bei weitem nicht Schritt gehalten. Da kann man mit voller Verachtung an die Stadtverwaltung um Lohnnerhöhung herantreten. Die Teuerungszulage könnte in Offenbach anders ausgeschlagen sein. Unsere Eingabe haben wir im Dezember v. J. eingereicht. Aber bloß, weil jetzt eine sozialdemokratische Mehrheit vorhanden ist, wurde die Eingabe noch nicht erledigt. Die betreffenden Herren, welchen unsere Anträge zur Bearbeitung überwiesen wurden, haben die Sache unmöglichweise in die Länge gezogen. Sie hätten von uns ausgezeichnetes Material erhalten können, wenn solches gewünscht worden wäre. Die Teuerungszulage von einem 25 M. nebst 10 Proz. Zuschlag für Kinder unter 16 Jahren ist viel zu gering. Zum mindesten hätte man den Arbeitern das gleiche wie den Beamten, die 25 M. nebst 10 Proz. für jedes Kind gewähren sollen. In der Diskussion kam die Unzufriedenheit mit der niedrigen Teuerungszulage und der Verfälschung unserer Eingabe allgemein zum Ausdruck. Eine entsprechende Resolution wurde angenommen. Mit der Aufrufung an die Unorganisierten, dem Verbande beizutreten, wurde die Versammlung geschlossen.

**Rostock.** Zu einem imposanten Protest gestaltete sich die am 26. November tagende Versammlung der städtischen Arbeiter. Anlaß hierzu bot die vom Rat bei der Bewilligung von Teuerungszulagen beliebte Methode. In der letzten Bürgervertreterversammlung war vom Rat eine Vorlage eingebracht, die eine Regelung der Gehälter der städtischen Beamten ab 1. April 1912 vor sieht. Da jedoch eine sofortige Erledigung nicht zu erwarten stand, so wurde vom Magistrat beantragt, in Abbruch der idiomatischen pflichtmäßigen Lage allen städtischen Beamten, die ein Gehalt bis zu 1800 M. beziehen und verheiraten sind oder für Kinder zu sorgen haben, eine sofort zahlbare, einmalige Teuerungszulage von 100 M. zu bewilligen. Da nichtöffentlicher Sitzung hat man dann auch diese Teuerungszulage, deren 215 Beamten teilhaftig werden, angenommen. Die Anregung der sozialdemokratischen Vertreter, den städtischen Arbeitern ebenfalls eine gleiche Teuerungszulage zu gewähren, wurde als gewidrthäkung der Bürgervertreter dem Rat übermittelt. War schon das Vorgehen des Rates bei der Beratung im Plenum der Bürgervertretung deshalb ein eigenartiges Gebaren, als man den Antragsteller vorwarf, sie hätten bei den städtischen Arbeitern Hoffnungen erweckt, die wahrscheinlich nicht bestmöglich werden könnten, so ließ die weitere Behandlung dieser Angelegenheit bei den Arbeitern den Eindruck ausformen, als wenn man beobachtigte, die Sache weitmöglich in die Länge zu ziehen. Dieser Aufsichtung verließ auch die Versammlung Ausdruck, die nach eingehender Behandlung der ganzen Frage durch den Kollegen Riedel - Berlin befand, daß sie sich keineswegs mit dem vom Rat beliebten Modus einverstanden estellte. Eine Anzahl Bürgervertreter der bürgerlichen Parteien hatten sich eingefunden, von denen in der Diskussion auch Dr. Tobias das Wort ergriff und unter Anerkennung der Ausführungen des Referenten den städtischen Arbeitern befandet, daß die Liberalen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für eine gleich hohe Teuerungszulage, wie sie den Beamten geworden,

eintreten wollen. Dem sozialdemokratischen Vertreter Glenosser schien verblieb es, noch darauf hinzuweisen, daß man, während man bei den Beamten sofort eine Bewilligung vernehmen könnte, jetzt erst wieder eingehende Erwägungen in die Wege geleitet hätte. Höchst interessant war die Ansicht, daß man in den Kreisen der bürgerlichen Parteien glaubte annehmen zu können, eine Teuerungszulage von 50 M. für die städtischen Arbeiter sei ausreichend. Nachdem im Schlussswort des Referenten noch einige vom Herrn Dr. Tobias geäußerte Ausführungen rückblickend gelangten, die Versammelten zu folgender Entschließung: "Die heute, den 26. November, in der Warnowhalle zahlreich versammelten städtischen Arbeiter bedauern es auf das lebhafteste, daß der Rat bei Gewährung von Teuerungszulagen die städtischen Arbeiter gänzlich ausgeschaltet hat. Auch die städtischen Arbeiter sind eine dem gesamten Gemeinwohl dienende Kraft, die unter denselben Teuerungsverhältnissen wie die Beamten zu leiden haben. Die Versammelten sehen es als eine Zurücksetzung an, wenn man ihnen nicht die gleiche Teuerungszulage wie den Beamten gewährt, und erwarten vom Rat und der Bürgervertretung, daß beide Körperschaften diese berechtigten Forderungen anerkennen und billigen."

**Tübingen.** Bis vor einem Jahre bestand hierorts eine verhältnismäßig schwache Arbeiterbewegung. Aus diesem Grunde waren denn auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen keine günstigen. Deshalb wanderte ein großer Teil intelligenter Arbeiter nach dem industriellen Westen aus, um sich dort eine bessere wirtschaftliche Position zu schaffen. In letzter Zeit ist aber ein vollständiger Wandel eingetreten. Die meisten Berufe haben ihre Organisationen gut ausgebaut und waren somit in der Lage, günstige Lohnsätze abzuschließen. Diese Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung konnte nicht spurlos an den städtischen Arbeitern vorübergehen. So kommen auch wir unsere Organisation in die Höhe bringen. Der Versuch des Gasanstaltsdirektors Maibaum, durch Gründung einer Unternehmensklasse, die Organisation zu zerplätzen, kann als mißlingen betrachtet werden. Die einjährige Auflösungsarbeit der Organisation hat den Arbeitern der städtischen Betriebe die Augen geöffnet, und somit wissen sie alle, was sie von einer Betriebsunterstützungskasse für Nachteile zu erwarten hatten. Die Arbeiter sind fast einhellig der ganz richtigen Meinung, daß die Gewerkschaftswaltung bessere Aufgaben zu erfüllen hätte, als für sie Unterstützungsstellen zu gründen. So beschlossen sie nach wiederholter Petition, dem Magistrat durch den Arbeiterausschuß folgende Wünsche zu unterbreiten: 1. Einführung einer allgemeinen Arbeitserdeordnung; 2. Einführung von Lohntafeln mit alljährlichen Steigerungen; 3. Bewilligung von Ruhelobn und Witwen- und Waisenverförderung; 4. Zahlung von Krankenzuschuß, Differenzlohn zwischen Lehn und Krankengeld; 5. Bis zur Erledigung der gestellten Anträge Zahlung von Teuerungszulagen vom 1. Oktober 1911 ab. — Mit diesen Forderungen an den Magistrat sind die städtischen Arbeiter nunmehr in eine ernste Lohnbewegung eingetreten und stehen wohl gerüstet da, mit der Abicht, wenn es sein muß, auch vor einem energischen, zähen Kampf nicht zurückzuschrecken. Sie sind nur zu oft mit ihren Wünschen abgewiesen worden und endigt der Verhandlungen müde. Sie wollen jetzt Taten sehen. In diesem kleinen Städtedienst, unweit der russischen Grenze, sind die städtischen Arbeiter nicht so schlecht bestellt, daß die städtischen Arbeiter mit Hungerlöhnen abgepeitscht werden müßten, wie es bisher der Fall war. Es sind oft genug größere Summen städtischen Geldes für allerlei Sportvereine bewilligt worden, und mit gutem Recht kann man darauf dringen, daß nunmehr den städtischen Arbeitern ihre Leistungen angemessen bezahlt werden. Ganz allgemein lassen die Arbeitserdeordnungen sehr viel zu wünschen übrig. Die Kommunalverwaltungen des idiomatischen Viertels interessieren sich sehr für allelei patriotischen Klubimbi und übersehen die schlechten Zustände in ihren Kapitalbetrieben. Wird dann an diesen schlechten Zuständen Rücksicht genommen, so kommt man gern mit der Drohung, daß man dann dem schlechten Beispiel anderer Städte folgen und die städtischen Werke verpachten werde. Man kann schon diesen Herren trauen, daß sie im Interesse der Kapitalisten das tun würden. Eine andere Frage ist es, ob die Bürgerschaft dies zu lassen würde. Die städtischen Arbeiter selbst sind allerdings der Meinung, daß die städtischen Betriebe, auch wenn den Arbeitern viel höhere Löhne gezahlt werden, recht gute Überbrüche abwerfen können, wenn sie sich wichtige Arbeitskräfte sichern. Deshalb halten sie an ihrer Organisation in unserem Verbande fest, wissend, daß sie auf diesem Wege ihre wirtschaftliche Lage verbessern und ihr Wissen erweitern können.

**Zittau.** „Was lange währt, wird gut!“ Nach diesem Grundsatz verhält der Zittauer Stadtrat durchaus nicht. Er hat es auch von sich gewiesen, „Populärstaatschafferei“ zu treiben, er läßt sich nur von den realen Tatsachen leiten. Von diesem Gesichtspunkte aus beobachtet er dann auch in seiner unerhörlichen Weisheit, den städtischen Arbeitern eine Teuerungszulage von ganzen 5 Proz. zu gewähren. Bei den gegenwärtigen Stundenlöhnen, die der Zittauer Stadtrat zahlt, beträgt diese 5 Proz. täglich etwa 13 bis 14 Pfennig! Mit diesem Ratsbesluß hatten sich die Stadtverordneten in ihrer Sitzung vom 16. November zu beschäftigen. Die vor langer Zeit eingesetzte Kommission zur Aufstellung einer Arbeitserdeordnung schlug entgegen dem Ratsbesluß eine Lohnabstufung nach festen Säulen vor. Die Arbeiter im Stundenlohn

**Sitzung 2. Pf. pro Stunde und die Altersarbeiter 7½ Proz. Lohnerhöhung erhalten. Die Mehrausgaben würden sich nach den Angaben der Kommission auf 25.000 Ml. belaufen, während nach dem Metallkalkül nur 10.000 Ml. erforderlich wären. Um die 6000 Ml. Differenz nun freien zu lassen hätte sich die höchste einkommene Stadtverordnete jahrs 1911, wobei wir bemerken, daß das jüngste Stadtparlament bis jetzt noch völlig sozialistisch ist. Der Haushaltssatz wurde abgelehnt und der Vorschlag der Kommission gelangte zur Abstimmung. Wenn nun der Stadtrat nicht noch bestimmt wird, so haben also unsere Kollegen ab 1. November eine Lohnerhöhung von stündlich 2 Pf. zu erhalten. Es wird aber auch die höchste Zeit, denn vor zwei vollen Jahren bereits wurden die ersten Anträge auf Lohnzulage eingereicht. Das Ergebnis dieser zweijährigen Gewerkschaftswegung wäre also recht mager. Daß dies so ist und daß es so lange gedauert hat, ehe überhaupt ein Resultat erzielt wurde, liegt auch zum größten Teile mit an den hauptsächlichen Arbeitern selbst. Sie müssen sich viel energischer für die Durchsetzung ihrer Forderungen ins Feld legen! Es genügt nicht, dem Verband anzugehören, sondern ein jeder muß sich auch entsprechend betätigen, seine ganze Person für die Sache einzusetzen. Aussichtsreiche aber müßen wir es verurteilen, daß verhinderte unserer Kollegen bei den jetzt stattfindenden Stadtverordnetenversammlungen ihr Stimmrecht nicht ausgenutzt haben. Das ist höchst bedauerlich. Angriffszeit des ganzen bisherigen Verhaltens des Stadtverordnetenkollegiums müßte es doch jedem hauptsächlichen Arbeiter einleuchten, daß Verbesserung nur eintreten wird, wenn ein oder mehrere Städte in den Kongressrat einziehen. Wir als sozialistische Arbeiter haben wohl das größte Interesse daran, daß eine andere Zusammensetzung des Stadtverordnetenkollegiums erfolgt. Deshalb müssen wir unsere Kollagen immer und immer wieder auffordern, das Bürgerrecht zu erneuern und dann aber auch von dem Stimmrecht Gebrauch zu machen.**

**Bwidau i. Za.** Der Rat unserer Stadt hat uns auf unsere Einladung um Lohnzulage sowie auf die in der letzten stark besuchten Versammlung ergangene Resolution bereits eine Antwort zugestellt und damit bewiesen, daß es nicht immer notwendig ist, zur Aussetzung von Antritten auf Lohnzulagen monatelang zu warten. In dem sehr verständlichen Schreiben an unsere Organisationsleitung teilt uns der Rat mit, daß er eine Lohnzulage von durchschnittlich über 6 Proz. habe eingetreten lassen. Erwirkt diese Erhöhung auch nicht ganz unserer Forderungen, so erkennen wir doch gern an, daß damit wenigstens eine Linderung des zurzeit besonders tristen Zustandes bewirkt wird. Die Lohnzulage wurde am 12. November ab gewährt; es muß selbstverständlich nun erst nachgeprüft werden, ob und wie die bekannten „nachgeordneten Stellen“ die durchschnittliche Lohnzulage von über 6 Proz. zur Auszahlung gebracht haben. Die Kollegen können auch uns dieses Ergebnis wieder erläutern, daß Erfolge nur zu erwarten sind, wenn sich wenigstens diejenigen Kollegen eng zusammen schließen, die auf gegenwärtige Abtretung noch einen Wert legen, und das in noch immer die übergroße, die erdrückende Mehrzahl der Arbeiter. Gewiß, der Rat teilt auch mit, daß er ihnen vor Eingang unseres Besuches die Frage erstmals gestellt habe. Ganz selbstverständlich geben wir das ohne weiteres zu, da wir ja höhere Löhne sind. Erwogen ist aber noch lange nicht gewesen. Nach bewußt wurde die Erhöhung in der Tat erst aus Gründen unserer Vorstellungen. Daraus folgt, es übrigens, auch das Säckchen einer anderen Einzelne um Lohnzulage kennen zu lernen. Die nicht von unserer Seite an den Rat gelangte. Wie überall, so gibt es auch in Bwidau einige Leute, ein knappes Räderdrehend, welche sind es nicht, die ihre Ansage darin erblicken, sich selbst zu hörerieren! Weigte Gruppe reichte eine Petition um Lohnzulage ein, in deren Notiz schreibt sie es für notwendig hielt, noch ganz besonders darauf aufmerksam zu machen, daß sie nicht organisiert, also verunsicherte Kunden sind. Der Rat war aber vernünftig genug, den Leuten zuzuhören, er habe seine Zeit, sich mit Zeiträumen aller möglichen Gruppen und Gruppierungen zu beschäftigen und kommt sie an die Stelle, die sonst immer diese Eingaben macht! Ein verständnisvolleres Räderdrehend spielt seitdem auf dem Gesicht jedes Kollegen, der diese „Allglücklichen“ zu sehen bekommt! Doch, wer kann dafür? Man sieht wohl in Beziehung der Rat den Vertrag, aber man verachtet zu allen Zeiten den Vertrater! Nicht organisiert, ja das läuft man sich gefallen, wenn man mit allem zufrieden ist! Aber richtergemessen und dann trotzdem mehr Lohn, nein, das gibt es nicht, da in es schon richtiger, die Leute gehen an die richtige Gruppe und werden uns keine weiteren Unruhen. So wird der Rat mit Recht gehabt haben. Denn daß die Organisation ein großes Stück Erzielungen geleistet hat, so daß die organisierten Arbeiter sich in jahrzehnt von den nichtorganisierten sehr vorteilhaft unterscheiden, das scheint der Rat unzureichend einzusehen zu haben, und an mir soll es liegen, auch innerhalb des Radars zu eichen, um, daß diejenigen Arbeiter trotzdem den Willigen sind. Radars ist eine Abstimmung und Abstimmung, die zwar nicht mehr Platz und Personen benötigen werden können, die sich aber trotzdem in der Stütze bewerben werden werden, trotz erhöhter Löhne und verkürzter Arbeitzeit, was nach und nach durchzuführen bestmöglich das Programm unserer Organisation ist.

### Aus den deutschen Gewerkschaften

Große Arbeitstreiber wird demnächst Berlin erleben, zum Teil sind sie schon ausgebrochen. Eine außerordentliche Hauptversammlung des Verbandes Berliner Metallarbeiter hat am 18. November beschlossen, im Interesse der seit sechs Wochen vom Streik betroffenen Eisenbetriebe am 30. November 1911 nach Schulz der Arbeitszeit 60 Proz. ihrer Arbeitseffekt auszuüben. Der Zentralverband der Metallarbeiter Deutschlands und die hierbei in Frage kommenden Centralverbände haben ein gemeinsames Martell gebildet, um den Kampf mit den Unternehmern anzunehmen. Von dieser Ausprägung werden in Wiederkunft gezogen die Centralverbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Transportarbeiter, Fabrikarbeiter, Schmiede, Mater und Lackierer, Maschinisten und Heizer, Messingfiedmeide und Handlungszulassen. – Zugewichen hat eine Versammlung der Zwischenmeister wie der für sie tätigen Arbeitnehmer und Heimarbeiterinnen der Damenskontrollen am Vortag den sofortigen Streik beschlossen, weil die Mantelfabrikanten sich weigern, mit ihnen einen festen Tarif abzuschließen. Viele Personen am Streik beteiligt sind, lädt sich noch nicht feststellen.

Die Ausprägung in der Tabakindustrie hat die Aufmerksamkeit mehr denn je auf die Lage der Tabakarbeiter gerichtet. In wenigen Industrien zeigt sich die kapitalistische Ausbeutung der menschlichen Arbeitssubstanz so rücksichtslos und frech, wie in der deutschen Zigarettenfabrikation. Abgesehen von einigen rücksichtigen Ausnahmen erinnern in ihre lange Arbeitszeiten und lage Löhne. Ein fortwährendes Elend herrscht unter den in dieser Branche beschäftigten Arbeitern. Vieles Kranken und frabreitig Sieche sind unter den Tabakarbeitern zu finden; die Tuberkulose in jeder Gestalt ist unter ihnen weit verbreitet. Angenommen dieser Tatsache und es jeder sozial Denkende und Aktionäre nur mit Freuden zu hören müßten, wenn diese Arbeitssubstanz, deren Leiden eine drohe gesundheitliche Gefahr für die ganze Menschheit bildet, sich aufzustellen, ihre gewerkschaftliche Organisation aufzubauen, um, geprägt auf diese, zu einer besseren wirtschaftlichen und sozialen Lage zu gelangen. Und um dieses Streben zu vereiteln, bringen die Zigarettenindustriellen alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel in Anwendung. Die Profitmacht kommt in Gefahr, und daher greifen sie mit brutaler Gewalt ein, um die gewerkschaftliche Organisation zu zerstören oder doch auf Jahre hinzu laboursieren. Nach den Jahresberichten der Wiedener Handelskammer sind die Löhne nicht allein schlecht, sondern sie zeigen sogar für die Mehrheit der Tabakarbeiter in Westfalen eine tendenzielle Tendenz, was um so schwerer ins Gewicht fällt, als in der gleichen Zeit, in der die Löhne sinken, die Preise der notwendigen Lebensmittel horrende gestiegen sind. Nach diesen Handelskammerberichten betragen die täglichen Durchschnittslöhne der versicherungspflichtigen Arbeiter:

Kreis	1907	1910
Bürobed.: für 2295 Arbeiter 1,94 Ml.; für 2278 Arbeiter 1,75 Ml.		
Hofbed.: 8633 2,18 " 7511 2,17 "		
Minden: 2129 2,33 " 1768 2,37 "		

Die Mehrheit dieser Tabakarbeiter hat also mit sinkenden Löhnen zu rechnen, denn der Durchschnittslohn ist dennoch von 2,16 Mark im Jahre 1907 auf beinahe 2,11 Ml. im Jahre 1910 gesunken. Ebenso dasselbe Bild zeigt sich in den Zigarettenfabrikationen Lippe-Detmold und Walde und in allen handelsindustriellen Betrieben, die im Industriegebiet weit verbreitet sind. Die Tabakarbeiter dürfen nicht in ihrem schweren Kampf unterliegen. Alle deutschen Arbeiter müssen sie daher auf das weitgehende unterstützen.

### Internationale Rundschau

**Amerika.** In New York standen kürzlich die Straßenreiniger im Streik. Obwohl die Gemeindebehörden Arbeitswillige zu einem Tagelohn von 3,60 Dollar führten, fand ind doch kein auswärter Streitbrecher. Die nicht in den Ausstand getretenen Arbeiterschaftlichen wurden von Polizeibeamten, genau wie in Deutschland, begleitet. Das führte zu Zusammenstößen. Die bürgerliche Presse bat ganz nach deutschem Muster in der tendenziellsten Weise berichtet.

**Oesterreich.** Wie berichteten bereits in Nr. 42, daß sich der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreich Ende Oktober in Bamberg auch mit der tschechoslowakischen Separatistenbewegung befaßt. Es hat sich sehr gründlich mit der Frage befaßt. Nach einem vor trefflichen Referat Victor Adlers, woran sich eine eingehende Diskussion anhängt, hat er das Kreisen der tschechoslowakischen Separatisten als schädigend für die Arbeiterbewegung verurteilt. Der Parteitag gelobte, die sozialistischen Gewerkschaften in ihrem Kampfe gegen den Separatismus zu unterstützen und alles zu tun, um den heutigen Zustand, der durch diese Organisationszersetzung herbeigeführt wurde, zu befestigen. Er erkennt ferner die neue tschechoslowakische zentralistische So-

zialdemokratie als gleichberechtigte Partei an und wird ihre Aufnahme in die Internationale unterstützen. Von den Separatisten erhofft er die Rückkehr zu ihrer ruhmvollen internationalen Tradition. Die Parteivertretung (Parteidirektor) wurde beauftragt, zu geeigneter Zeit eine Reichskonferenz der Exekutiven aller sozialdemokratischen Parteien Deutscherreichs einzuberufen, der es obliegen soll, die internationale Organisation der sozialdemokratischen Gesamtpartei wieder auszurichten.

**Skandinavien.** Bei den skandinavischen Gewerkschaften, die die gewerkschaftliche Zentralisation in der ausgeprägtesten Form betreiben, machen sich jetzt Dezentralisationsbestrebungen geltend, die wohl verständlich, in ihrer Art aber verwirrend sind. Die Landeszentralen gewähren den einzelnen Verbänden Unterstützungen bei Streiks, sofern eine gewisse Anzahl Mitglieder sich im Ausstand befinden. Dadurch erlangten die Landeszentralen auch ein Mitbestimmungsrecht über Beginn und Beendigung des Ausstands. Das hat nun zur Folge gehabt, daß die Unternehmer mehr denn je zu großen Aussperrunghen greifen. Es sei nur an den Riesenstreik in Schweden im Jahre 1909 erinnert. In Schweden macht sich nun das Bestreben geltend, die Unterstützung bei großen Kampfen durch die Landeszentrale aufzuheben und ihr damit auch das Mitbestimmungsrecht bei der Führung von Arbeitskämpfen zu nehmen, hingegen mehr Rücksicht bei den internationalen Verfassungsorganisationen zu suchen, um von dort die notwendigen Unterstützungen zu erlangen. Diesen Schritt halten wir für verfehlt, weil damit die Solidarität im eigenen Lande untergraben wird, die internationale Verfassungssolidarität aber keinen vollständigen Erfolg bietet. Nach Schlußmutter als in Schweden sind aber die Dezentralisationsbestrebungen in Dänemark. Hier gehen sie bei einem Teil der Gewerkschaften sogar soweit, aus der Landeszentrale auszutreten und isoliert von jeder anderen Organisation auf eigene Faust zu kämpfen. So hat bereits der Maurer-Verband durch Abstimmung mit 2457 gegen 1624 Stimmen den Austritt aus der Landeszentralisation beschlossen, der am 21. Oktober 1912 perfekt wird. Die gleichen Beschlüsse haben die Verbände der Seefahrer und Uhrmacher geajagt. Die 1200 Mitglieder zählenden Seefahrer erachteten eine Mitgliederversammlung mit 50 Bevollten für genügend, diejenen folgerichtigeren Schritt zu beschließen. Der Uhrmacher-Verband hat 80 Mitglieder; er wird isoliert zu eisellost ohne jeglichen Einfluß bleiben. Auch der lege-Pachtdrucker-Verband, der hatte die Abstimmung über diese Maße beschlossen, der jedoch mit 1679 gegen 1252 Stimmen den Austritt ablehnte. Offensichtlich bleibt die dänische Gewerkschaftsbewegung vor weiteren derartigen Schlägen bewahrt und sehen die abtrünnigen Organisationen ihre verschleierten Handlungsweise bald ein. Starke Konzentration der gewerkschaftlichen Organisationen, die ihre Kämpfe aus eigenen Mitteln führen, und bei Riesenstreiken die Landeszentrale und letzten Endes die Internationale um Unterstützung angehen, sind das Erfordernis unserer Zeit.

### Rundschau

Bei der Würzburger Gemeindewahl haben die Sozialdemokraten 5000 Stimmen mehr aufgebracht als bei der letzten Wahl, so daß sie diesmal 8 Sitze erhalten. Unter den Gewählten befindet sich auch unser Kollege Franz Sebald. In Würzburg errangen die Sozialdemokraten 10 Sitze; u. a. auch unser Kollege Oswald Holler. Mainzheim verzichtet nach den letzten Wahlen von insgesamt 96 Stadtratsmitgliedern 40 Sozialdemokraten und von 23 Stadträten 9 Sozialdemokraten. Als Stadtrat ist u. a. unser Kollege Richard Hemann gewählt worden. Wie wünschlich unseres Kollegen auch in diesem Wirkungskreise viele Erfolge. Eine ganze Reihe weiterer sozialdemokratischer Gemeindewahlserfolge sind in Bayern und anderswo zu verzeichnen. Das sollte ein weiterer Ansporn für unsere Kollegen sein, die Reihen der Organisierten zu stärken, denn die Arbeiterpartei kann nur dort erfolgreich für unsere Interessen wirken, wo die gesetzlosen und einheitlich organisierten nützlichen Arbeiter hinter ihr stehen.

**Organisation der Heimarbeiter.** Der sterbende Reichstag wird in aller Eile noch ein Gesetz zutun bringen, welches für die Gewerkschaftsarbeit von Bedeutung ist: das Hansarbeitsgesetz. Den Anstoß zur Einführung des Entwurfs gaben der Heimarbeiterkongress von 1904 mit anschließender Ausstellung von Heimarbeitsergebnissen und die Heimarbeitserstellung von 1906. Das Interesse, das gerade dieser Ausstellung entgegengebracht wurde, bestätigtlich brachte die deutsche Kaiserin die Ausstellung und gab dadurch Anlass, daß von da ab die Zahl der Weindler aus den Reihen der bestehenden Klasse sich auffallend stark meiste, sich in den Augen vieler eine baldige Änderung der Gesetzesgebung zu erwarten. Diese Erwartungen, die von der Arbeiterschaft nicht geteilt wurden, haben sich nicht erfüllt. Es blieb beim alten. Gegen Ende des Jahres 1907 ist allerdings der Entwurf eines Hansarbeitsgesetzes dem Reichstage zugegangen,

das jetzt endlich, nach nahezu vier Jahren, in aller Eile verabschiedet werden soll. Die Regierung und die Mehrheitsparteien im Reichstag werden vorzugsweise hierzu ihr möglichstes tun. Sie erhoffen von der Verabsiedlung eines sozialpolitischen Gesetzes, das für die Armuten der Armen bestimmt ist, eine günstige Einwirkung auf den Ausfall der Reichstagswahlen. Soweit vorzusehen ist, wird dieses Gesetz den Heimarbeitern nicht das bringen, was sie dringend brauchen, die gesetzliche Regelung der Mindestlöhne. Der Antrag, Lohnmänter einzuführen, die diese Aufgabe erfüllen sollten, wurde in der Kommission und bisher auch im Plenum des Reichstages abgelehnt. Neuerdings ist die Rede davon, daß die Regierung beabsichtigt, dem Bundesrat das Recht zu geben, „Abbausätze“ einzuführen, die aber die geforderte gesetzliche Lohnregelung nicht herbeiführen können, vielmehr nur beratende und anregende Vorschriften darstellen, die unter anderem auch den Abschluß von Tarifverträgen fördern sollen. Bei dem traurigen Organisationsverhältnis der Heimarbeiter werden selbst Lohnmänter nicht instande sein, die traurigen Arbeitsbedingungen aus der Welt zu schaffen. Dies zeigen uns die Vorgänge in England. Dort bestehen seit 1909 Lohnmänter. Nach dem letzten internationalem Bericht über die Gewerkschaftsbewegung haben vielfach aber die Heimarbeiter zum Streik gezwungen müssen, um den von den Lohnmäntern festgesetzten Bedingungen Anerkennung zu verschaffen. Dies steht natürlich das Vorhandensein einer starken Organisation der Heimarbeiter voraus, an der es leider in Deutschland noch immer mangelt. Wiederholt haben sich deshalb die Gewerkschaftspresso mit dieser Frage beschäftigt und den organisierten Arbeitern zur Pflicht gemacht, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß ihre Familienangehörigen, die Heimarbeit verrichten, sich den zuständigen Organisationen anzuschließen. Daß unter den elenden Verhältnissen in der Heimarbeit die gesamte Arbeiterschaft leidet, ist selbstverständlich. Höhere Stücklöhne — für Heimarbeit kommt meist Altersarbeit in Frage — würde den Frauen der Arbeiterschaft, die einen großen Prozentsatz der Heimarbeiterinnen stellen, ermöglichen, sich mehr der Versorgung des Haushaltes, der Pflege und der Erziehung der Kinder zu widmen. Nützere Arbeitszeit wäre auch in Rückicht auf die Gesundheit der Arbeitersfrau denkt zu wünschen, die sich heute in doppelter Arbeit aufreibt und Körper und Geist ruiniert. Niemand braucht so lange gearbeitet werden, um annehmbare Verdiente zu erzielen, als in der Heimarbeit. Wie man in allen anderen Fragen, so werden auch in der Frage der Heimarbeit durchgreifende Reformen erst durch die Heimarbeiter selbst geschaffen werden können. Die Vorbereitung hierfür, der Zusammenschluß der Heimarbeiter und -Arbeiterinnen in die gewerkschaftlichen Organisationen fehlt aber bis jetzt und ist schwierig herbeizuführen. Hauptursache deshalb, weil die in der Heimarbeit Beschäftigten allein arbeiten. Der Zusammenschluß ist aber heute dringender als je. Deshalb richten wir auch an dieser Stelle noch einmal die schon wiederholt ausgesprochene Bitte an alle Arbeiter, in deren Haushalt Heimarbeit verrichtet wird, die Familienangehörigen über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation aufzuklären und sie zum Anschluß an die in Frage kommenden Verbände zu veranlassen. Wie sich die Arbeiterschaft der verschiedensten Berufe durch jahrelange Kämpfe und durch Stärkung der Organisation Anerkennung verschafft und Verstärkung der gestellten Forderungen erreicht hat, so wird das auch den in der Heimarbeit beschäftigten Männern und Frauen möglich sein, wenn auch diese erst in starken Organisationen vereinigt dem vereinigten Unternehmertum entgegentreten können.

**Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle** zu unentbehrlicher Benutzung für jedermann in Berlin, Adalbertstraße 41, hat in dem jüngst abgeschlossenen 12. Betriebsjahr wiederum eine bemerkenswerte gemeinsame Wirkung entfaltet und eine praktische Bildungsarbeit geleistet, deren Umfang der Tätigkeit vieler hervorragender staatlicher und städtischer Bibliotheken nicht nachsteht. Das neue Jahrzehnt steht und seine vorbildlichen Errichtungen wurden auch im vergangenen Jahre wieder von zahlreichen Büchleuten des In- und Auslandes sowie einer Reihe von gewerkschaftlichen Studienkommissionen eingehend besichtigt. Nicht weniger als 377 Personen fanden sich durchschnittlich täglich ein, die entweder ein gutes Buch nach Hause entliehen oder an Ort und Stelle in den behaglichen Leseräumen geistige Erholung suchten. In der Ausleihbibliothek wurden im 12. Betriebsjahr 66 796 Bände nach Hause verliehen gegen 70 168 Bände im Vorjahr. Die kleine Widerkerung des Leistungsrates dürfte auf die außergewöhnliche und anhaltende Höhe dieses Sommers zurückzuführen sein. Im Verlust gerieten jmd. 13 Bände. Von der Gesamtzahl der Entleihungen entfallen 44 812 Bände auf Idioten und 21 984 Bände auf belehrende Literatur. Ein letzter Zahl sind die einzelnen Wissenschaften in folgender Weise verteilt: Geschichte und Geographie 11,39, Geographie 29,62, Naturwissenschaften 44,40, Rechts- und Staatswissenschaften, Volkswirtschaft 26,3, Gewerbeschule, Technik 27,93, Philosophie, Religion, Pädagogik, Sport 21,49, Kunst, Musik, Literaturgelehrte u. v. 22,19 Bände. Da verlaufen wissenschaftlichen Büchern wurden im Betriebsjahr 33 Prog. aller Entleihungen aus, insgesamt und im 12. Jahre 81 286 Bände in und außer dem Hause entliehen worden; in den 12 Betriebsjahren zusammen 875 940 Bände. Die Lesehalle wurde im 12. Betriebsjahr von

**64 106 Personen gegen 63 020 Personen im Vorjahr, und zwar 61 839 Männer und 2267 Frauen, in den 12 Jahren zusammen von 749 030 Personen beobachtet. Die Zahl der vier ausliegenden periodischen Schriften hat wiederum eine Vermehrung erfahren und beträgt jetzt 557 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Nachdruck. Die im Arbeitszimmer der Reichsschule aufgestellte, 1958 Bände umfassende Nachdruckbibliothek wurde von den Bevölkerungen in umfassender Weise zu Rate gewogen. Die Gesamtzahl der Bevölkerung, die im 12. Betriebsjahr Bibliothek und Reichsschule benutzten, belief sich auf 130 902 Personen. Seit der Eröffnung vor 12 Jahren haben insgesamt 1 061 300 Personen das Institut aufgesucht. Das Institut ist wertmäßig von 5½ - 10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9 - 11 und 3 - 6 Uhr geöffnet.**

**Gute Jugendbücher** bietet der Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei in dem soeben erschienenen "Verzeichnis empfehlenswerter Jugendbücher" den Eltern der Arbeiterschlösser dar. Seit vier Jahren besteht nun die vortreffliche Einrichtung, daß aus drei Perioden bestehende Ausgaben jedes angemessenen und auch jedes abgelebten Buch auf seinen für die Arbeiterschlösser geeigneten Inhalt prüfen. Seit 1907 sind 4263 Buchprüfungen vorgenommen worden; 668 Bücher wurden abgelehnt. Diese gewissenhaft zustande der Jugendbücher gibt daher den Eltern die bequeme Möglichkeit, aus dem Bucherverzeichnis leicht und schnell ein passendes und von den Kindern immer gern gehobenes Werk zu kaufen und zu wählen. Über 700 Bücher wird dieses Verzeichnis auf. Ein Sachregister und ein alphabetisch geordnetes Autorenregister erleichtern das Aufladen der gewünschten Bücher, deren Preisverzeichnis natürlich beigelegt ist. Es ist deshalb zu empfehlen, daß unsere Gewerkschaftsmitglieder von diesem Buchverzeichnis neuen Gebrauch machen. Büchereiteilungen sind bei der örtlichen Parteibuchhandlung und, wo solche nicht besteht, bei der Buchhandlung Wurts möglichst rechtzeitig zu machen, damit die Beiträgen sich kurz vor Weihnachten nicht zu sehr häufen. Das Verzeichnis der vom Bildungsausschuß empfohlenen Jugendbücher erhalt auf Wunsch jeder unentgeltlich. Man wende sich an: Heinrich Schulz, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

**Den „Christlichen“ und „Kirchen“ ins Stammbuch.** Das sollte ehrliche Scharmadlerorgan, die „Arbeitgeberzeitung“, leitartikel über „Arbeitswillige und Strafbrecher“. Es heißt bei Aufzählung der Arbeitswilligen „Freien“ u. a.: „Da ist erneut der professionelle Streitbrecher; ein Mann, der fühl und gehäftsähnlich Gewinn zu ziehen versucht aus den in einem Streit aussartenden Verhältnissen zwischen Arbeitern und Arbeitnehmern, indem er überall gerade da in Arbeit tritt, wo ein Streit ist. Da ist ferner der Arbeiter, der von der Revolutionsfreiheit dahin Gebrauch macht, daß er sich nicht sozialisiert. Zum weiteren haben wir den Arbeiter, der nicht freien will, weil er persönlich den Streit, den seine Gewerkschaft beidiebt, für ungerecht erklärt und darum aus der Gewerkschaft austritt. Wie haben sodann den Arbeiter, der einer anderen Vereinigung angehört, die es im gegebenen Fall nicht für opportun erachtet, den Streit mitzumachen, so kommt es ja alle Augenblicke vor, daß die Christlichen und Kirchen und Frei- und Unfreien nicht treiben wollen, wenn die sozialdemokratische Organisation freien; ihre Verbandsleitungen befieheln den Mitgliedern die Weiterarbeit an.“ Wohlblich, die „Arbeitgeberzeitung“ kennt ihre Puppenheimer!

#### Bom Flugblatt des Reichsverbandes.

Bei Helgoland ein Haushaltsgesetz:  
Treibt müde mit der Blut;  
Es treibt dabil und murnelt leis:  
„Wie wob ist mir zu mut!“  
  
Dort an der Düne standet er  
Und liegt und höhnt und jappet;  
Der Bissen düdt ihn gar zu jammer.  
Den er zulegt erschnappt.  
  
Was es nur ist? so leugt der Hau.  
Hab' alles sonst verdeut,  
So frag fröhlich, frohlich, frumm und frei,  
Was ich nur hab' erschaut.  
  
Ob Schüsselau oder Lederjau,  
Ob Müge oder Hau,  
Ob Hubnerkorb, Karloßschau,  
Ob fröh — und es war gut.

Tod dieses wälschen winzig Stein,  
Das gestern ich verchlang,  
Das macht mir Rot, das macht mir Pein;  
Mir ist so Herbensang.“  
  
Der Haushalt tut noch einen Schnapp  
Und steckt sich und kriegt...  
Von Helgoland ein Aestulop  
Den Seemann trugs liegen.  
  
Woran er haub? Du siehst es hier:  
Verehrtes Publikum!  
Man bringt mit volgerlei Papier  
Zelloit einen Haushalt um!  
  
Ein Flugblatt ißt vom Reichsverband;  
Das lagt genug wohl schon.  
Der Haushalt dort bei Helgoland,  
Der lagt den Tod davon. H. E.

#### ♦ | Briefkasten | ♦

Mehrere Artikel müssen zurückgestellt werden.

**3. Karlsruhe.** Der am 21. November d. J. eingesandte Bericht ist bereits in Nr. 16 der „Gew.“ und Nr. 21 der „Sanitätswarte“ erschienen.

Verlag: Zur Vertheilung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter (G. Lehmann). Verantwortlicher Redakteur: Ernst Dittmer, beide Berlin W. 37, Winterfeldtstr. 24 und: Bonnische Druckerei und Verlagshandlung Paul Singer & Co., Berlin SW. 60, Lindenstr. 60.

#### ♦ | Eingegangene Schriften und Bücher | ♦

Von der vor kurzem amtlich veröffentlichten Reichsversicherungsordnung ist vom Geh. Regierungsrat A. Tüttmann, Vorsteher der Landesversicherungsanstalt Überberg, eine Textausgabe nebst Einführungsgesetz, versehen mit einer gemeinverständlichen Darstellung des Rechtes der Arbeiterversicherung als Einleitung im Umfang von 46 Seiten und einem ausführlichen Sachregister von 18 zweipäfigen Seiten im Gesamtumfang von 504 Seiten zum Preise von 2,50 M. bei Stephan Siebel's Verlag, Altenburg (Z. A.), erschienen.

**Teuerung, Warenwucher und Kassenstaat.** Von F. Karstädt. Agitationsschrift. Preis 10 Pf. Inhaltsangabe: Die Verjagung der Menschen mit Abdruck und die kapitalistische Anarchie. — Die lustige Preissteigerung. — Das Steigen der Warenpreise in Deutschland. — Die Kiserne und die Teuerung. — Der Kampf gegen die Teuerung.

**Bodenbildung, Blaugenwachstum, Menschengesundheit.** Ein Ratgeber für den denkenden Gartenfreund. Von Gustav Simon. Obstbaukunst „Eden“ bei Cranenburg. Zweite Ausgabe. Verlag: Lebenskunst-Verlag, Berlin 1911. 48 Seiten. Preis 20 Pf. Die modernen Städte müssen die uralten Beziehungen zwischen ihren Lebensbedürfnissen und dem Boden wieder aufnehmen. Hunderttausende haben den Ruf: „Gut für Natur!“ vernommen, sind ihm, soweit es die Verhältnisse ihnen erlauben, gefolgt und haben sich wieder dem Gartenbau zugewandt. Allen diesen Freunden, die bei Beginn ihrer neuen Tätigkeit über mir wenig oder gar kein Wissen versiegen, will nun dieses Buchlein eines Theoretikers und Praktikers zugleich die bisherigen Forschungs- und Erfahrungsergebnisse vermitteln. In leichtverstandlicher Sprache wird hier das geboten, was jeder -- sei er nun Gärtner im Haupt oder Nebenerwerb -- wissen muß, um sich vor Fehlern zu hüten und das Richtige zu treffen. Über die eigentliche Bodenbildung hinaus aber werden dem Leser die innigen Beziehungen zwischen Bodenbildung, Blaugenwachstum und Menschengesundheit aufgedeutet. So ist das Buchlein ein unentbehrlicher Ratgeber für alle Gartenfreunde.

Soeben erschienen:

## Notiz-Kalender

für  
Gemeinde- und Staatsarbeiter

.. für das Jahr 1912 ..  
zum Preise von 50 Pf.

Bestellungen wollen die Kollegen bei ihrer Filialleitung machen.  
Der Verbandsvorstand.

#### Totenliste des Verbandes.

<b>Adam Kurz, Barmen</b> Edmied (Straßenbahn) † 30. 10. 1911, 22 Jahre alt.	<b>Karl Nischolay, Mainz</b> Autermann Gleisungearbeit † 20. 11. 1911, 69 Jahre alt.
<b>Christ. Beck, Stralsburg i. Els.</b> Straßenreiniger † 15. 11. 1911, 59 Jahre alt.	<b>G. A. Krebschmar, Leipzig-G.</b> Waldarbeiter im Glasweiß I † 21. 11. 1911, 58 Jahre alt.
<b>August F. Meyer, Hamburg</b> Pensionär † 18. 11. 1911, 53 Jahre alt.	<b>G. Mörgenthaler, Mannh.</b> Gartenarbeiter † 21. 11. 1911, 41 Jahre alt.
<b>August Lange, Berlin</b> Arbeiter (Gasanstalt) † 19. 11. 1911, 29 Jahre alt.	<b>J. Rupp, Hasenbüren-Bremen</b> Arbeiter (Wasserbau) † 21. 11. 1911, 67 Jahre alt.
<b>Julius Neumann, Engel</b> Arbeiter (Wasserwerk Tegel) † 19. 11. 1911, 51 Jahre alt.	<b>Ernst Edwin Sers, Dresden</b> Arbeiter (Gaswerk) † 21. 11. 1911, 84 Jahre alt.
<b>Rudolf Thies, Hamburg</b> Matroie (Fagus VIII) † 19. 11. 1911, 50 Jahre alt.	<b>Leonhard Radajinski, Berlin</b> Arbeiter (Schlach- u. Viehhof) † 23. 11. 1911, 44 Jahre alt.
<b>Johann Kempf, Nürnberg</b> pensionierter Kanalreiniger gestorben am 24. November 1911, im Alter von 53 Jahren. Ehre ihrem Andenken!	